

Management und Politik

**Die neue Stromwirtschaft kennt keine Parteien mehr,
sondern nur noch den „Shareholder value“**

Als PDF-Datei bietet dieser Text folgende Navigationsmöglichkeiten:

- Direktzugriff auf einzelne Kapitel durch Anklicken der Überschriften im Inhaltsverzeichnis
- Rückkehr zum Inhaltsverzeichnis durch Anklicken einer beliebigen Seite

Inhalt

Auslaufmodell Parteienwirtschaft

Am längsten konnte sich der politische Nepotismus auf kommunaler Ebene behaupten

Ein bißchen Rambo – ein bißchen Idi Amin

Der EnBW-Manager Utz Claassen verkörpert einen neuen Typ des Energiemanagers mit allen Schattenseiten

Die Starken sind am mächtigsten allein

Lobbying wird noch wichtiger – doch das neue Umfeld schwächt die Rolle der Verbände

„Nachgelagerte Bestechung“

Ex-Bundeskanzler Schröder wird Angestellter von Gazprom und sein ehemaliger Wirtschaftsminister Clement darf in den Aufsichtsrat von RWE Power einziehen

Gehalt ohne Arbeitsverpflichtung

Die „Landschaftspflege“ der Stromversorger gerät ins Visier der Staatsanwaltschaften

„Positive Grundstimmung“

Energiekonzerne verausgaben Millionen zur Aufhellung ihres Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit

(Seiten 221 - 275 des Buches „Kurzschluß – Wie unsere Stromversorgung teurer und schlechter wurde“ von Udo Leuschner, Münster 2007, ISBN 978-3-86582-451-6)

HTML-Fassung fürs Internet: Januar 2008
PDF-Fassung: März 2008

© Udo Leuschner



Der Chef der Mannheimer MVV, Roland Hartung, zieht zum Auftakt des Kongresses „Energie Innovativ 2002“ in Nürnberg eine Zwischenbilanz des seit fünf Jahren liberalisierten Energiemarktes. Ein paar Monate zuvor ist er zum „Energiemanager des Jahres 2001“ gekürt worden. *Pressefoto MVV*

Auslaufmodell Parteienwirtschaft

Am längsten konnte sich der politische Nepotismus auf kommunaler Ebene behaupten

Zu den weniger schönen Seiten der alten Stromlandschaft gehörte die Parteienwirtschaft. Fast alle Stromversorger befanden sich ganz oder teilweise im Besitz der öffentlichen Hand. Nur etwa drei Prozent der Stromabgabe kamen von privaten Unternehmen. Der Rest stammte zu ungefähr zwei Dritteln von „gemischtwirtschaftlichen“ Unternehmen und zu einem Drittel von Versorgern der öffentlichen Hand. Als „gemischtwirtschaftliche“ Unternehmen bezeichnete man solche, an denen Private mit weniger als 75 Prozent beteiligt waren. Von Unternehmen der öffentlichen Hand sprach man in der Terminologie der Stromwirtschaft erst, wenn diese mehr als 95 Prozent der Anteile besaß.

Es versteht sich, daß die Stadtwerke, die bis in die achtziger Jahre meistens noch Eigenbetriebe ohne formal privatrechtlichen Status waren, dem direkten politischen Einfluß der Rathäuser und Stadtratsparteien unterlagen. Das galt aber auch für die Regionalversorger, die in der Regel – soweit sie nicht Kommunen oder Ländern gehörten – Töchter der

Verbundunternehmen waren. Und diese Verbundunternehmen – in der alten Bundesrepublik insgesamt acht – waren ausschließlich gemischt-wirtschaftliche Unternehmen mit dominierendem Einfluß der öffentlichen Hand: Bei der Energieversorgung Schwaben (EVS), den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW), den Hamburgischen Electricitätswerken (HEW) und der Berliner Bewag hatten die beteiligten Kommunen das Sagen, beim RWE verfügten die Kommunen mit einem Stimmenblock von 47,6 Prozent ebenfalls über den bestimmenden Einfluß, beim Badenwerk und beim Bayernwerk befand sich die Aktienmehrheit im Besitz der Länder Baden-Württemberg und Bayern, und an der PreussenElektra war bis zur Privatisierung der Veba sogar der Bund – zuletzt noch mit dreißig Prozent – maßgeblich beteiligt.

Die zunehmende Privatisierung der Stromversorger bewirkte auch einen Rückgang des parteipolitischen Nepotismus. An seine Stelle trat das auf „Shareholder value“ getrimmte Unternehmen, dessen Manager in erster Linie danach ausgewählt wurden, ob sie sich auf die Profitmaximierung verstanden. Vor allem auf kommunaler Ebene blieb aber die öffentliche Hand vielfach der Mehrheitseigentümer, was über eine entsprechende Besetzung der Aufsichtsgremien auf die Personalpolitik durchschlug.

Lokaler CDU-Matador wird „Energiepolitiker des Jahres“ – doch der Glanz verblaßt schnell

Als Beispiel für parteipolitischen Filz bei der Besetzung eines Chefpostens auf kommunaler Ebene kann die Mannheimer MVV Energie AG dienen: Den Hintergrund bildete, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU im Gemeinderat, Roland Hartung, in den Jahren 1972, 1980 und 1983 dreimal vergebens für den Posten des Oberbürgermeisters kandidiert hatte. Es gelang der CDU einfach nicht, der SPD diesen Posten abzugagen. Zuletzt unterlag Hartung dem heutigen Amtsinhaber und VKU-Präsidenten Gerhard Widder. Daraufhin einigten sich die Gemeinderatsparteien, Hartung mit dem Posten des MVV-Chefs abzufinden. Für den CDU-Matador war das ein ansehnliches Trostpflaster, und für die SPD bedeutete es die endgültige Ausschaltung eines lästigen Rivalen. So wurde Hartung 1994 Sprecher der Geschäftsführung der MVV GmbH. Als dann 1998 der Gemeinderat beschloß, den Energiebereich aus der MVV herauszulösen und teilweise zu privatisieren, wurde er zudem Sprecher des Vorstandes der neugegründeten MVV Energie AG, die seit März 1999 an der Börse notiert wurde.

Als Chef des einzigen börsennotierten kommunalen Energieversorgers entfaltete Hartung eine rege Aktivität. Zum Beispiel übernahmen die MVV die Stadtwerke Offenbach, beteiligten sich an den Stadtwerken Solingen, Ingolstadt und Meißen, engagierten sich in der Fernwärmeversorgung von Stettin, forcierten ein sogenanntes „Powerline“-Projekt zur Nutzung der Stromleitung für die Übertragung von Daten, starteten ein eigenes Internet-Portal für den Energiemarkt und eröffneten zur Vertretung ihrer Interessen ein Hauptstadtbüro in Berlin. Noch wenige Tage vor seiner Pensionierung unterzeichnete Hartung im September 2003 eine Vereinbarung über die Errichtung von 230 Windkraftanlagen in Spanien, vollführte den ersten Spatenstich für eine neue Müllverbrennungsanlage in Leuna und nahm das erste von drei geplanten Biomasse-Kraftwerken der MVV in Betrieb.

Der umtriebige Hartung wurde deshalb zum „Energiemanager des Jahres 2001“ gewählt. Die Jury würdigte damit „das erfolgreiche Wettbewerbsmodell, mit dem Hartung das ehemalige Stadtwerk in knapp drei Jahren zu einer international agierenden Multi Utility AG umgebaut hat“. Der Wettbewerb war von der Unternehmensberatung Accenture und der Zeitschrift „Energie & Management“ ausgeschrieben worden. Zur Jury gehörten neben Accenture-Geschäftsführer Rolf Schulz und „Energie & Management“-Chefredakteur Helmut Sendner auch Peter Hennicke (Präsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie), Ingrid Hiele (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Stephan Kohler (Geschäftsführer der Deutschen Energieagentur Berlin), Dieter Schmitt (Leiter des Fachbereichs Energiewirtschaft der Universität Essen) und Jürgen Schürmann (Handelsblatt). Die Schirmherrschaft hatte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, übernommen.

Der Nachfolger demontiert seinen Vorgänger

Im Februar 2003 wählte dann der Aufsichtsrat der MVV den früheren Bewag-Finanzvorstand Rudolf Schulten zum Nachfolger Hartungs, der zum 1. Oktober in den Ruhestand gehen sollte. Auch hier spielten parteipolitische Präferenzen die entscheidende Rolle. Schulten erhielt nämlich die Stimmen der SPD, die damit deutlich machte, daß der Chefessel der MVV kein Erbhof der CDU werden sollte. Der Mitbewerber Karl-Heinz Trautmann, der die MVV-Tochter Energieversorgung Offenbach (EVO) leitete, galt dagegen als Favorit der CDU. Immerhin durfte der unterlegene Trautmann nun im erweiterten MVV-Vorstand das Marketing- und Vertriebsressort übernehmen.

Noch bevor der frischgewählte Schulden sein Amt antrat, begann die Demontage Hartungs, der sich eben noch im Glanz des „Energiemanagers des Jahres 2001“ sonnen durfte. Der Nachfolger hatte sich offenbar die Geschäftspapiere angesehen. Aber schon zum Zeitpunkt der Preisverleihung hätte die aus hochangesehenen Fachleuten bestehende Jury den Unternehmenszahlen leicht entnehmen können, daß Hartungs expansive Geschäftspolitik mit großen finanziellen Belastungen einherging und die neuen Geschäftsfelder nicht unbedingt rentabel waren. Es war auch kein Geheimnis, daß die MVV-Aktie nach dem erfolgreich abgeschlossenen Börsengang nicht vom Fleck kam, sondern um den Ausgabekurs von 16 Euro pendelte.

„Kommunale Kabale spielte stets eine wichtige Rolle“

Der Glanz des „Energiemanager des Jahres 2001“ währte deshalb nur kurz. Bereits vor der Pensionierung Hartungs schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ – die mit einem ihrer Redaktionsmitglieder in der Jury vertreten gewesen war – im Juli 2005:

„Hartung, ehemals CDU-Kommunalpolitiker, sonnte sich in der Rolle des weitgereisten Managers. Im Geschäftsbericht grüßte er lächelnd an der Seite des Weltbank-Präsidenten. Die Mehrheit an der MVV hält die Stadt Mannheim mit einem SPD-Oberbürgermeister. Kommunale Kabale spielte stets eine wichtige Rolle bei der MVV, vor allem bei den Politikern im Aufsichtsrat. Derzeit macht Hartung hinter den Kulissen Stimmung gegen seinen Nachfolger Rudolf Schulden, der bereits einen Teil der Altlasten öffentlich gemacht hat. Es scheint, daß verletzte Eitelkeiten dabei wichtiger sind als tatsächliche ökonomische Gegebenheiten.“

Als Schulden sein Amt offiziell übernahm, überraschte es nicht mehr, daß er an der Geschäftspolitik seines Vorgängers kaum ein gutes Haar ließ. Hartung hatte mit seinen Beteiligungskäufen mehr als eine Milliarde Euro Schulden angehäuft. Dividende und Gewinne waren dagegen weitgehend aus dem Verkauf von „Tafelsilber“ wie den einträglichen Beteiligungen an der Gasversorgung Süddeutschland (GVS) und der Energie Baden-Württemberg (EnBW) bestritten worden. Insgesamt veranschlagte der neue Chef die Kosten der „Aufräumarbeiten“ bei den MVV auf etwa hundert Millionen Euro. Der Kurs der MVV-Aktie dümpelte nun nicht mehr bei 16 Euro vor sich hin, sondern sank auf 12 Euro.

Schon bei den Vorgänger-Unternehmen der neuen EnBW besaßen die Chefs das CDU-Parteibuch

Parteilichter Filz herrschte ebenso bei Verbundunternehmen. Besonders einseitig war er dort, wo die mehrheitliche Landesbeteiligung am Stromversorger über viele Jahre hinweg von derselben Regierungspartei verwaltet wurde, wie dies in Baden-Württemberg und Bayern mit CDU und CSU und in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit der SPD der Fall war. Er verschwand auch nicht sofort und gänzlich, nachdem die Länder sich von ihren Strom-Aktien getrennt hatten.

Als Beispiel soll hier die Energie Baden-Württemberg (EnBW) dienen, die 1997 aus der Verschmelzung von Energie-Versorgung Schwaben (EVS) und Badenwerk (BW) entstand. Auch die beiden Vorgänger waren Verbundunternehmen. Zugleich lieferten sie den Strom in weiten Teilen ihres Arbeitsgebiets direkt bis zu den Endkunden. Beide gehörten der öffentlichen Hand. Bei der EVS waren dies kommunale Anteilseigner und beim Badenwerk das Land. Da die CDU sowohl auf der kommunalen Ebene als auch im Landesparlament über satte Mehrheiten verfügte, war die öffentliche Hand bei beiden Unternehmen traditionell schwarz gefärbt.

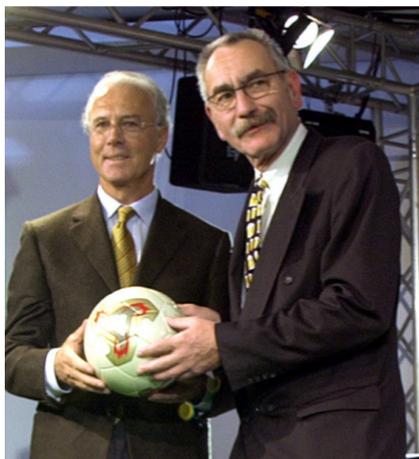
Dies zeigte sich etwa darin, daß die Chefs der beiden Vorgänger-Unternehmen nicht nur das Parteibuch der CDU besaßen, sondern als aktive Politiker der Partei zu ihren Posten gekommen waren. Der EVS-Vorstandsvorsitzende Wilfried Steuer bewährte sich als Landrat, bevor er 1992 das Steuer des schwäbischen Stromversorgers übernehmen durfte. Der Badenwerk-Chef Gerhard Goll amtierte jahrelang in Stuttgart als Ministerialrat und Regierungssprecher, bevor ihm 1993 das Badenwerk übertragen wurde.

Beide regierten nach Gutsherrenart. So versprach Steuer dem Schriftsteller Ernst Jünger, ihm zum hundertsten Geburtstag am 29. März 1995 einen Trupp der EVS vorbeizuschicken, der den Stromzähler abmontieren werde. „Dann leben Sie stromkostenfrei.“ Diese Huldigung für einen politisch umstrittenen Schriftsteller kam in Teilen der Öffentlichkeit nicht gut an. Der Vorstand der EVS versagte der neo-feudalen Geste seines Vorsitzenden die Zustimmung. Die sparsamen Schwaben wollten wohl vor allem einen Präzedenzfall vermeiden, der mit der Gleichbehandlung aller Tarifkunden nicht zu vereinbaren war. Steuer mußte jedenfalls den Stromzähler hängen lassen und die Kostenbefreiung für Jünger bis zu dessen Tod aus eigener Tasche bezahlen.

Im Februar 2002 wurde die EnBW offizieller Förderer der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Hier geben Gerhard Goll als Vorstandsvorsitzender der EnBW und Franz Beckenbauer als Präsident des Organisationskomitees Deutschland die Zusammenarbeit bekannt.

Vier Jahre später verschickte Golls Nachfolger Claassen an Politiker Freikarten für die Fußball-WM im Wert von jeweils über 2000 Euro, was bei der Staatsanwaltschaft den Verdacht der Vorteilsgewährung weckte.

Pressefoto EnBW



Statt Steuer wird Goll Vorstandsvorsitzender der EnBW

Eigentlich sollte Steuer der erste Chef des neuen Unternehmens aus EVS und Badenwerk werden. Die Fusion kam indessen nicht schnell genug voran, um ihm noch rechtzeitig vor Erreichen des Pensionsalters den neuen Posten übertragen zu können. So übernahm der jüngere Gerhard Goll vom Badenwerk 1997 den Vorstandsvorsitz der neuen Energie Baden-Württemberg.

Der schnauzbärtige Gerhard Goll galt in der Strombranche als ein recht schwieriger Mensch, um nicht zu sagen Kauz. Er hatte sichtlich den Ehrgeiz, nun auch als Manager zu glänzen und die EnBW über das angestammte Versorgungsgebiet hinaus in der ersten Liga der Stromwirtschaft spielen zu lassen. Er konnte dabei auf den Beistand des französischen Staatsmonopolisten Electricité de France (EDF) zählen, der schon das Badenwerk mit günstigem Atomstrom aus Frankreich belieferte und seit Anfang 2000 als größter privater Aktionär den bestimmenden Einfluß bei der EnBW ausübte. Zugleich schien er aber zu übersehen, daß die enge Anlehnung an die EDF auch eine Belastung bedeutete und eine wirklich eigenständige Unternehmenspolitik der EnBW gar nicht zuließ.

Seine neue unternehmerische Kompetenz unterstrich Goll, indem er sich in einem Kleinbus chauffieren ließ, der als Büro eingerichtet war. Im Grunde blieb er jedoch wie der bereits beschriebene MVV-Chef Har-

tung ein Politiker, der erst von diesem Sprungbrett aus in die Welt der Wirtschaft gelang war und deshalb dort nie so recht heimisch wurde.

Jeder neue Kunde vermehrt das Defizit von „Yello“

Golls teuerste Fehlentscheidung war 1999 die Gründung der Stromvertriebsfirma „Yello“, mit der die EnBW seitdem bundesweit um Haushaltskunden warb. Tatsächlich versetzte er damit zunächst die ganze Branche in Panik. Zugleich provozierte er aber auch entschlossene Abwehrbemühungen. Als wirksamste Waffe der Konkurrenten erwiesen sich die überhöhten Netznutzungsentgelte, die den anfänglichen Wettbewerb bald erlahmen ließen. Um attraktiv zu bleiben, mußte „Yello“ den Strom zu Preisen anbieten, die die eigenen Kosten einschließlich der Netznutzungsentgelte nicht abdeckten.

Die durchaus erfolgreiche Werbekampagne für „Yello“ – Goll hatte sie einer Agentur übertragen, die sich bereits als Wahlkampf helfer der CDU bewährt hatte – wurde dadurch für die EnBW zum Rohrkrepiierer: Jeder neue Kunde vermehrte nur das Defizit. Als Goll 2003 in Pension ging, war die EnBW durch ihre Stromvertriebs Tochter mit rund 500 Millionen Euro belastet. Um die Verluste in Grenzen zu halten, ersetzte „Yello“ die bundesweit gültigen Preise durch lokale Angebote, die nach Postleitzahlen aufgefächert waren und nur geringfügig unter den jeweiligen Preisen der örtlichen Stromversorger lagen.

Einstieg bei Salamander, mißglückter Ausflug nach Spanien und jahrelanges Desaster mit „Thermoselect“

Weitere teure Fehlentscheidungen Golls waren verschiedene Beteiligungen an Unternehmen, die den Preis nicht wert waren oder nicht zur EnBW paßten. So wurde die EnBW schon kurz nach seinem Amtsantritt Großaktionär bei Salamander und erwarb zwei Jahre später sogar die Mehrheit an dem Schuhunternehmen. Zudem stieg sie in die Dienstleistungsbranche ein. Nach dem Verkauf der Landesanteile an die EDF beteiligte sich die EnBW am spanischen Stromversorger Hidrocantabrico – ein genauso teures wie sinnloses Abenteuer, das allgemein die Vermutung nährte, die EnBW fungiere als Strohhalm ihres Großaktionärs EDF. Ein Riesenverlust entstand ferner durch das Projekt einer neuartigen Müllverbrennungsanlage nach dem „Thermoselect“-Verfahren, das bereits 1995 vom Badenwerk unter Goll gestartet worden war. Die Anlage funktionierte nie richtig und mußte schließlich mit 400 Millionen Euro Verlust stillgelegt werden.

Posten für Parteifreunde

Bei alldem vergaß Goll nicht, wem er sein Amt verdankte, und protegierte seinerseits CDU-Mitglieder in gehobenen Positionen bei der EnBW: So beauftragte er den CDU-Landtagsabgeordneten Dietrich Birk mit der Lobbyarbeit für die EnBW in Berlin und Brüssel. Die einstige Fraktionsvizechefin Ingrid Blank wurde bei der EnBW Projektleiterin für Veranstaltungsmanagement und anschließend Protokollchefin. Der ehemalige Abgeordnete Dirk Ommeln kam als Pressesprecher bei der EnBW-Vertriebsgesellschaft unter, nachdem er nicht mehr aufgestellt worden war. Als der Umwelt- und Verkehrsminister Hermann Schaufler wegen Untreue rechtskräftig verurteilt wurde und deshalb sein Ministeramt abgeben mußte, stellte ihn Goll als Berater für die EnBW ein.

Diese „schwarze“ Schlagseite der Personalpolitik wurde natürlich diskret behandelt. Gern ließ Goll dagegen die Geschichte verbreiten, wie der Chef der Stromvertriebstochter „Yello“, Michael Zerr, zu seinem Posten gekommen war: Durch kräftigen Widerspruch gegen die alte, lahme Gangart bei der EnBW. Gerade vor dem Hintergrund der immer noch vorhandenen Parteibuchwirtschaft waren solche Jungdynamiker als Aushängeschild willkommen.

„Da hab’ ich ihm eins auf die Nuß gegeben.“

Wer nicht im Sinne Golls spurte, konnte allerdings auch schnell seinen Posten verlieren: So zwang er gleich zwei Vorstände zum Rücktritt, als im Herbst 2001 sicherheitstechnische Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg bekannt wurden. Als sich sein Pressesprecher Klaus Wertel nach Kräften bemühte, sicherheitstechnische Versäumnisse der EnBW zu bestreiten, war ihm dies auch nicht recht: Bei einer Anhörung vor dem Atomausschuß des Stuttgarter Landtags sprach Goll von einer „saublöden Erklärung“, die Wertel ohne sein Wissen zu den Vorgängen in Philippsburg herausgegeben habe, und fügte hinzu: „Da hab’ ich ihm eins auf die Nuß gegeben.“ Es blieb nicht dabei: Anfang 2003 schickte Goll seinen glücklosen Pressesprecher in den Vorruhestand.

Der Politiker Goll erkannte am Ende wohl selber, daß er sich mit der Wandlung zum Manager übernommen hatte, denn im Frühjahr 2002 kündigte er an, seinen zum 1. Mai 2003 auslaufenden Vertrag nicht verlängern zu wollen. Das Magazin „stern“ behauptete, er sei wegen Salamander und anderer Fehlkäufe beim Großaktionär EDF „in Ungnade gefallen“.

Die „Wirtschaftswoche“ lancierte das Gerücht, der amtierende Bundeswirtschaftsminister Werner Müller werde nun die Leitung der EnBW übernehmen. Damit wäre erneut ein Politiker – wenn auch parteilos und durchaus mit stromwirtschaftlicher Erfahrung – an die Spitze des südwestdeutschen Energiekonzerns getreten. Es kam jedoch anders. Auch bei der EnBW zog nun jener Typ des Managers ein, der nur dem „Shareholder value“ und dem eigenen Vorteil verpflichtet war.



Im Juli 2005 wurde EnBW-Chef Claassen vom Kreml mit dem „Kreuz des Ordens des Heiligen Nikolaus“ ausgezeichnet. Hier posiert er stolz mit seiner neuen Würde neben dem russischen Botschafter Vladimir V. Kotenev.

Pressefoto EnBW

Ein bißchen Rambo, ein bißchen Idi Amin

Der EnBW-Chef Utz Claassen verkörpert einen neuen Typ des Energie-Managers – mit allen Schattenseiten

Parteibuch-Inhaber auf dem Chefsessel von Stromunternehmen verschwanden zu Beginn des neuen Jahrtausends weitgehend und fristeten nur noch auf der kommunalen Ebene ein bescheidenes Dasein. Zumindest wurde das Parteibuch nicht mehr bekannt und spielte keine Rolle mehr. Dafür sorgte die neue Struktur des privatisierten Eigentümerkreises, der nur auf Rendite bedacht war. Dem Paradigmawechsel zum „Shareholder value“ konnten sich selbst die Aktionäre der öffentlichen Hand nicht entziehen. Dies läßt sich ebenfalls am Beispiel der Energie Baden-Württemberg (EnBW) zeigen, deren Großaktionäre weiterhin eine Reihe schwäbischer Kommunen und der französische Staatskonzern EDF waren.

Der neue EnBW-Chef Utz Claassen, der am 1. Mai 2003 die Nachfolge des CDU-Politikers Gerhard Goll antrat, verdankte seine Berufung ei-

nem Kompromiß zwischen kommunalen Aktionären (OEW) und der gleichstarken EDF. Die Franzosen wollten ursprünglich den freiwerdenden Posten Golls mit einem Mann aus dem eigenen Haus besetzen. Da man sich auch auf einen anderen Nachfolger aus dem EnBW-Management nicht einigen konnte, folgten die beiden Großaktionäre der Empfehlung eines Personalberaters und nahmen einen Außenstehenden – eben Utz Claassen, der sich zuvor als Sanierer des Meßgeräte- und Wagenherstellers Sartorius empfohlen hatte.

Claassen schien den Erwartungen an einen reinen Manager zu entsprechen, denn er enthüllte gleich bei seinem Amtsantritt eine beträchtliche Schiefelage des Unternehmens, die er mit einem Investitionsstopp, forciertem Verkauf von Beteiligungen und Abbau von Personal zu beseitigen gedachte. Mehr oder weniger deutlich machte er für das Fiasko seinen Vorgänger Goll verantwortlich, gegen den aufgrund einer von den „Grünen“ erstatteten Strafanzeige nun sogar die Staatsanwaltschaft wegen Bilanzverschleierung ermittelte.

Doch bald stellte sich heraus, daß auch Claassen nicht gerade eine Lichtgestalt des Managements war. Es fing damit an, daß er den Finanzvorstand Bernd Balzereit verabschiedete, der erst vor einem Jahr von der Berliner Bewag zur EnBW gewechselt war und schon deshalb nicht für Golls Sünden verantwortlich gemacht werden konnte. Indem Claassen selber das Finanzressort übernahm, entledigte er sich des einzigen Vorstandsmitglieds, das wirklich beurteilen konnte, wieweit die düster gezeichnete Lage tatsächlich zutraf oder vielleicht nur Stimmungsmache war, um den neuen Chef in umso hellerem Glanz erscheinen zu lassen und die Belegschaft für Personalabbau, Arbeitszeitverlängerung und sonstige Zumutungen weichzukneten.

„Den einstmals guten Ruf der EnBW ruiniert“

Der „Arbeitskreis Energie“ der EnBW-Betriebsräte veröffentlichte im Oktober 2003 einen Offenen Brief, in dem er dem neuen Chef vorwarf, das Unternehmen schlecht zu reden und „unseriöse Spielereien mit den EnBW-Bilanzzahlen“ zu betreiben. Claassen verbreite „Angst und Schrecken unter Mitarbeitern und Führungskräften“. Die geplanten Einsparungen bedeuteten den Abbau von mehreren tausend Arbeitsplätzen und für viele Kollegen die Absenkung der Einkommen auf ein existenzgefährdendes Niveau. „Wir sind beschämt, schockiert und wütend, wie der einstmals gute Ruf der EnBW ruiniert worden ist“, hieß es in dem Brief.

Den von Goll geförderten „Yello“-Vertriebschef Zerr feuerte Claassen bereits ein Vierteljahr nach dem Abgang des Gönners: Zerr hatte sich erlaubt, anderer Meinung als der neue Vorstandsvorsitzende zu sein. Claassen schickte ihn sofort in Zwangsurlaub.

Im Juli 2004 entließ Claassen den technischen Leiter des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Eberhard Grauf, nachdem dieser scharfe Kritik am Sicherheitsmanagement der EnBW geübt hatte. Zudem ließ er den Geschaßten auch noch durch Detektive überwachen, und zwar so auffällig, als ob es eher um Einschüchterung als um Bespitzelung gegangen wäre.

Claassen brüskiert Minister und erzwingt die Entlassung eines alten Intimfeinds

Nicht nur Mitarbeiter litten unter den rüden Manieren des neuen Chefs, den zwar ein Professor-Titel schmückte, dem aber die feine akademische Art gänzlich abging. Im Oktober 2004 legte sich Claassen sogar mit dem baden-württembergischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Ernst Pfister (FDP) an, weil dieser sich eine kritische Nachfrage zum neuen Sicherheitskonzept der EnBW für die Kernkraftwerke erlaubt hatte: Anlaß war Claassens Drohung, jeden zu entlassen, „der bei den Abläufen und im Kommunikationsverhalten seiner Verantwortung nicht gerecht wird“. Der Minister gab deshalb zu bedenken, ob es das Sicherheitsmanagement nicht eher gefährde als fördere, wenn man die EnBW-Beschäftigten derart einschüchtere und in Kündigungsangst versetze.

Claassen würdigte die Bedenken des Ministers, der immerhin die atomrechtliche Genehmigungsbehörde vertrat, zunächst keiner Antwort. Über Presseberichte ließ er aber wissen, daß im Hause Pfisters „Chaos“ und „wenig Professionalität“ am Werk sei. Überhaupt gehe es hier um ein „intellektuelles Verständnisproblem“.

Eigentlich hätte sich Claassen längst selber entlassen müssen, denn daß er „im Kommunikationsverhalten seiner Verantwortung nicht gerecht“ wurde, war inzwischen offensichtlich. Er benahm sich wie ein Elefant im Porzellanladen. Davor bewahrten ihn auch die Kommunikationsspezialisten nicht, die er für viel Geld angeheuert hatte.

Anfang 2005 nötigte die EnBW unter Androhung des Sponsoring-Entzugs den Karlsruher Sportclub (KSC), seinen neuen Cheftrainer Reinhold Fanz zu entlassen. Claassen hatte nämlich als ehemaliger Präsident

des Fußballclubs Hannover 96 nicht vergessen, wie ihm Fanz vor sieben Jahren als Trainer dieses Clubs öffentlich sämtlichen Fußball-Sachverstand abgesprochen hatte.

Die Politik könne es nicht kritiklos hinnehmen, wie Claassen mit seinem Verhalten das Image des Stromversorgers ramponiere, erklärte daraufhin der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Baden-Württemberg, der Singener Oberbürgermeister Andreas Renner. Die Einmischung Claassens als Sponsor in sportliche Entscheidungen eines Vereins sei „der Gipfel“ und ein „einmaliger Eklat im deutschen Profi-Fußball“. Aber auch in seinem Umgang mit Städten, Gemeinden und dem Land habe sich Claassen wiederholt als „Rambo unter den deutschen Managern“ gezeigt.

Claassen drohte dem Kritiker umgehend mit einer Klage auf Schadenersatz wegen Ruf- und Geschäftsschädigung – gerade so, als ob er seinen Ruf nicht selber ramponiert hätte. Zugleich ließ er eine Erklärung veröffentlichen, in der sich der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Peter Neubrand und dessen Stellvertreter Rolf Koch in devoter Manier gegen die „dreiste und unbegründete“ Kritik an „Prof. Claassen“ verwahrten. Der von der EnBW-Pressemitteilung suggerierte Eindruck, Neubrand und Koch sprächen als „Arbeitnehmervertreter und Betriebsräte“ für die gesamte Belegschaft, traf allerdings nicht zu. Die beiden Aufsichtsratsmitglieder hatten ihr Papier ohne Rücksprache mit den Betriebsräten verfaßt, die diese Schützenhilfe für Claassen vielmehr heftig kritisierten und Neubrand mit großer Mehrheit das Mißtrauen aussprachen.

Bizarrer Prozeß um Vergleich mit Idi Amin

Zum Ruf eines „Rambo unter den deutschen Managern“ trug auch bei, wie Claassen mit den teuer eingekauften Stadtwerken Düsseldorf umsprang. Der Düsseldorfer Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Otto Christianen, der im November 2004 auf Betreiben der EnBW abgewählt wurde, fühlte sich durch Claassens Auftreten gar an den blutrünstigen Tyrannen Idi Amin erinnert. Obwohl sein Vorwurf, der EnBW-Chef trete auf „wie Idi Amin, mit einem Messer zwischen den Zähnen, und das Blut laufe an den Mundwinkeln herunter“, sicher nur metaphorisch gemeint war, klagte Claassen allen Ernstes auf Unterlassung dieses bildhaften Vergleichs.

Möglicherweise dämmerte dem EnBW-Chef inzwischen, daß er sich als Rambo und Idi Amin der deutschen Energiewirtschaft sogar bei den ei-

genen Aktionären unbeliebt machen könnte. Das hätte ihn nun wahrlich empfindlich getroffen, denn allein im Jahr 2004 erhielt er für seine Tätigkeit 4,17 Millionen Euro. Dabei betrug das fixe Gehalt des EnBW-Chefs „nur“ 733 000 Euro. Die übrigen 3,4 Millionen von Claassens Rekorderkünften entstammten einer variablen Vergütung, die Anfang März vom Aufsichtsratsausschuss für Vorstandsangelegenheiten bewilligt worden war. Nach Darstellung der „Stuttgarter Zeitung“ wurde die fürstliche Tantieme für Claassen gegen den Einspruch der EDF bei Stimmenthaltung der kommunalen Anteilseigner bewilligt – und zwar dank der beiden Belegschaftsvertreter Neubrand und Koch im Aufsichtsrat, die bereits Anfang des Jahres mit einer devoten Beistandserklärung für den umstrittenen EnBW-Chef hervorgetreten waren und sich damit den Zorn der übrigen Betriebsräte zugezogen hatten.

Zudem lief inzwischen ein förmliches Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen Claassen wegen Verdachts der Bilanzfälschung – eine Parallele zum immer noch anhängigen Ermittlungsverfahren gegen Gerhard Goll, das Claassen seinem Vorgänger eingebrockt hatte. Während aber Goll vorgeworfen wurde, er habe Vermögenswerte der EnBW zu hoch angesetzt, erfolgte die Strafanzeige gegen Claassen, weil er Beteiligungen wie die Stadtwerke Düsseldorf in der Bilanz zu niedrig veranschlagt habe.

Eigentor mit Freikarten für Fußball-Weltmeisterschaft

Seit Ende des Jahres 2005 griff Claassen jedenfalls auch schon mal zum Zuckerbrot statt zur Peitsche. Für mehr als zehn Millionen Euro kaufte die EnBW den Titel eines „nationalen Förderers“ der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft. Zudem organisierte sie gemeinsam mit Rundfunk und Landesregierung verschiedene Großveranstaltungen in baden-württembergischen Städten: „Die Begeisterung rund um die Fußballweltmeisterschaft 2006 soll sich nicht nur auf die Stadien begrenzen“, ließ sich Claassen in der Rolle des Volksbeglückers zitieren. „Als nationaler Förderer der FIFA WM 2006 TM wollen wir diese Begeisterung hinaustragen zu allen unseren Kunden und Menschen dieses Landes. Wir wollen uns gemeinsam an schönen Spielen erfreuen und das größte Heimspiel aller Zeiten in Baden-Württemberg feiern.“

Den Wirtschaftsminister Pfister, den er noch vor kurzem wie einen Schulbuben abgekanzelt hatte, bedachte Claassen nun mit der Einladung, die Spiele aus einer von der EnBW angemieteten Loge zu verfolgen. Auch

zahlreiche andere Politiker erhielten Freikarten im Wert von jeweils über 2000 Euro, darunter solche, die wie Pfister dienstlich mit der EnBW zu tun hatten. Für die Staatsanwaltschaft Karlsruhe erfüllte Claassen damit den Tatbestand der Vorteilsgewährung nach Paragraph 333 des Strafgesetzbuches. Auch die Antikorruptionsorganisation Transparency International sah das so und begrüßte deshalb die Anklageerhebung gegen Claassen: „Diese Art, sich einzuschmeicheln oder für gutes Wetter zu sorgen, hat bei Amtsträgern nichts zu suchen“, meinte Transparency-Vorstand Jochen Bäumel gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“.

Pfister hatte sich artig für die Freikarten bedankt, bevor die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bekannt wurden und er doch auf die Einnahme seines Platzes in der EnBW-Loge verzichtete. Die Staatsanwaltschaft sah damit den Tatbestand der Vorteilsannahme gegeben, stellte das Verfahren aber gegen eine Geldbuße ein. Zum Beispiel hätte Pfisters Ressort über die Zulässigkeit von Tarifierhöhungen der EnBW zu befinden gehabt hätte, wenn die Landesregierung nicht schon seit Jahren darauf verzichtet hätte, die ihr nach der Bundestarifordnung Elektrizität (BTOEltV) zustehende Kontrolle auszuüben. Die Befreiung der Stromversorger von der Tarif-Genehmigungspflicht wurde von Pfisters Vorgänger Döring (FDP) durchgesetzt und auch von ihm nicht in Frage gestellt, obwohl die baden-württembergischen Tarifkunden dadurch bis zum Außerkrafttreten der BTOEltV am 1. Juli 2007 schutzlos den „Preisadjustierungen“ der EnBW ausgesetzt waren.

Noch ein anderer durfte sich der plötzlichen Gunst Claassens erfreuen: Ausgerechnet der CDU-Politiker Andreas Renner, der ihn als „Rambo“ charakterisiert hatte, heuerte nun bei der EnBW an und übernahm zum 1. August 2006 die Leitung einer neu gegründeten „Steuerungsgruppe regenerative Energien“. Der CDU-Politiker hatte zuvor als Sozialminister des Landes Baden-Württemberg zurücktreten müssen, nachdem er seine Schirmherrschaft für die Schwulenparade „Christopher Street Day“ gegenüber dem Rottenburger Bischof Fürst in einer Weise verteidigt hatte, die innerhalb der Partei Unmut erregte. „Wir sind sehr froh, dass wir diesen profilierten Mann für diese so außerordentlich wichtige Aufgabe gewinnen konnten“, ließ sich Claassen nun in einer EnBW-Pressemitteilung zitieren.

In ihrer mitunter possenhaft wirkenden Übersteigerung sind die hier geschilderten Vorgänge nicht unbedingt typisch und auf die gesamte deutsche Energiewirtschaft zu übertragen. Sie zeigen aber doch, wie sich

das Verhältnis zwischen Politik und Stromversorgern gewandelt hatte: Den Chefsessel und andere führende Posten, die einst vorzugsweise Gewährleute der herrschenden politischen Parteien innehatten, bekleidete nun ein neuer Typ des Managers, der sein Selbstbewußtsein auf seine vermeintliche Unersetzlichkeit für den „Shareholder value“ gründete. Der neue Typ erinnerte ein bißchen an die Führer mittelalterlicher Landsknechtshaufen, für deren „Shareholder“ ebenfalls nur die Beute zählte und die ihrem Anführer gern fürstliche Einkünfte und Allüren gönnten, solange er sie zum Erfolg zu führen schien. – Und wenn es dann Tod und Verderben war, hatten sie sich eben getäuscht.

Die Starken sind am mächtigsten allein

Lobbying wird noch wichtiger – doch das neue Umfeld schwächt die Rolle der Verbände

In den neunziger Jahren beschleunigte sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Stromversorgung, wofür teils die nunmehr sich epidemisch ausbreitende Doktrin des Neoliberalismus, zunehmend aber auch die nackte Finanznot von Kommunen und Ländern verantwortlich war. Damit verringerte sich auch der direkte Einfluß politischer Instanzen auf die Stromunternehmen. Die 1998 einsetzende Liberalisierung der Branche mit der erst rechnungsmäßigen und dann auch gesellschaftsrechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs von den anderen Unternehmensbereichen tat ein weiteres, um parteipolitischen Durchgriffsmöglichkeiten den Boden zu entziehen.

Das heißt nun allerdings nicht, daß die Branche unpolitisch geworden wäre. Es war eher so, daß sich nun das alte Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft umzukehren begann. Oder besser gesagt: Das bisherige Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft wurde im neoliberalen Sinne aufgehoben, indem sich der politische Gestaltungswille selbst kastrierte und nur noch dort mit harter Hand durchgriff, wo es neoliberale Grundsätze durchzusetzen galt.

Anstoß zum „Energiekonsens“ kam nicht von der Politik, sondern von der Energiewirtschaft

Das jahrelange politische Ringen um die Kernenergie, das schließlich 2004 zu einer kompletten Neufassung des Atomgesetzes im Sinne eines Ausstiegsgesetzes führte, widerspricht dem nicht. Es zeigt vielmehr anschaulich, wie die Politik ihren Primat verlor: Denn es war die Politik in Gestalt der bayerischen Landesregierung, die zunächst das alte atomare Konzept der „Wiederaufarbeitung“ durchzusetzen versuchte und dafür sogar bürgerkriegsähnliche Zustände in Kauf nahm. Dagegen war es die Wirtschaft in Gestalt des Veba-Chefs Rudolf v. Bennigsen-Foerder, die im Frühjahr 1989 auf den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf verzichtete und damit die bayerische Landesregierung desavouierte.

Und dabei blieb es es nicht: Bennigsen-Foerders Nachfolger Klaus Piltz gab Ende 1992 gemeinsam mit dem RWE-Vorstandsvorsitzenden Fried-

helm Gieske den Anstoß für die Verhandlungen über einen „Energiekonsens“, indem er in einem Brief an den Bundeskanzler eine Klärung der künftigen Rolle der Kernenergie verlangte und auf einen Ausweg aus der energiepolitischen Konfrontation der vergangenen Jahre drängte. Es ging den beiden dabei nicht unbedingt um einen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden, sondern in erster Linie um die langfristige Sicherung des Stromgeschäfts, das ebenso – in mancher Hinsicht sogar noch besser – auf fossile Energieträger gegründet werden konnte.

Selbst dort, wo Politiker demonstrativ die Muskeln spielen ließen, war es eher das Gehabe eines Body-Builders: So verpflichtete der Hamburger Senat 1992 die ihm damals noch zu 72 Prozent gehörenden „Hamburgischen Electricitäts-Werke“ (HEW), den Ausstieg aus der Kernenergie in die Unternehmenssatzung aufzunehmen. Der Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie sollte „so zügig, wie das rechtlich möglich und für die Gesellschaft wirtschaftlich vertretbar ist“ erfolgen. Da die HEW ihren Strombedarf zu achtzig Prozent aus Kernenergie deckten, hätte das einen einschneidenden Wechsel der Unternehmensstrategie bedeuten können. In der Praxis hatte die politische erzwungene Auflage für die HEW aber keinerlei Bedeutung. Sie war eigentlich nur ein deklamatorischer Akt im politischen Tagesgeschäft und wurde deshalb weder von den Urhebern noch dem betroffenen Unternehmen sonderlich ernst genommen.

Das neue Verhältnis zwischen Stromwirtschaft und Politik gab der Lobby-Arbeit starken Auftrieb. Früher war Lobbying weitgehend entbehrlich, weil die öffentliche Hand als Eigentümer dominierte. Diese war ihr eigener Lobbyist. Als Eigentümer und Kontrolleur saß sie auch am längeren Hebel, wenn Interessenkonflikte mit dem Management eines Stromunternehmens auftraten. Lobbying beschränkte sich deshalb für die allermeisten Unternehmen auf die Mitgliedschaft in den Verbänden VDEW, VKU, ARE oder VIK, die das allgemeine Brancheninteresse oder spezifische Interessenlagen der kommunalen, regionalen und industriellen Stromwirtschaft repräsentierten.

Nun aber wurde selbst von kommunalen und regionalen Stromversorgern, die noch nicht mehrheitlich privatisiert worden waren, die Behauptung im Wettbewerb und entsprechende Einflußnahme auf die immer schneller wechselnden und unübersichtlicher werdenden politischen Rahmenbedingungen erwartet. Diese Aufgabe konnte nur das Management vollbringen. Zugleich wurde es für die Verbände zunehmend schwieriger,

das allgemeine oder spezifische Brancheninteresse ihrer Mitglieder zu formulieren und als kompetenter Verhandlungspartner der Politik aufzutreten. Das lag zum einen daran, daß die größten Unternehmen lieber ihre eigene Lobby-Arbeit betrieben, statt sich auf die Verbände zu verlassen, die ihrer Natur nach sowieso keine Maßarbeit für einzelne Unternehmen liefern konnten. Es lag aber auch daran, daß einzelne Branchenriesen sogar die Verbände in ihrem Sinne zu instrumentalisieren versuchten und so deren Position zusätzlich untergruben.

Divergierende Interessen bei den VDEW-Mitgliedern

Die „Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke“ (VDEW) litt in besonderem Maße unter diesem Problem. Als sie 1992 ihr hundertjähriges Bestehen feierte, war sie noch ein Spiegelbild der ständisch verfaßten Branche, in der Verbundunternehmen, Regionalversorger und Stadtwerke ihre jeweils eigenen Reviere hatten, die ihnen niemand streitig machte. Den Verbandspräsidenten stellten abwechselnd Kommunen, Regionalversorger und Verbundunternehmen. Im Zweifelsfall hatten schon damals die Verbundunternehmen das Sagen, doch störte das die kleineren Mitglieder nicht allzusehr, zumal sie ihrerseits von Dienstleistungen des Verbands profitieren konnten, die für die Großen eher überflüssig waren.

Nachhaltig gestört wurde das einträchtige Nebeneinander erst durch die Liberalisierung des Strommarkts. Der VDEW – durch die Umbenennung in „Verband der Stromwirtschaft“ war die Abkürzung seit 2001 männlich geworden – erklärte sich nun zum „schlanken“ Lobby-Verband. Eine ganze Reihe bisheriger Dienstleistungen des Verbands, von der Kompetenz in technischen Fragen bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit der formal eigenständigen „Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft“ (IZE), wurden ersatzlos eingestellt bzw. den bereits bestehenden Fachverbänden VGB, HEA, AGFW sowie dem neu gegründeten „Verband der Netzbetreiber“ (VDN) überlassen. Zur neuen Rolle als Lobby-Verband der Stromwirtschaft gehörte der Umzug von Frankfurt nach Berlin. Zugleich firmierte der VDEW nun als Dachverband der genannten Fachverbände, was aber lediglich eine Art Papierkrone war.

Als reiner Lobby-Verband konnte der VDEW relativ mühelos mit dem Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) zusammengelegt werden, wie dies die vier großen Stromkonzerne Ende 2005 in einem Papier erwogen. Allerdings riskierten sie dabei, daß kommunale und andere Stromversorger, die sich vom VDEW keinen Nutzen

mehr versprochen, nun den Verband verließen. Denn auch hinsichtlich des Lobbying fühlten sich die meisten der Stadtwerke – die achtzig Prozent der rund 750 VDEW-Mitglieder ausmachten – beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) besser aufgehoben oder befürchteten sogar, den Interessen der vier tonangebenden Konzerne geopfert zu werden. Dasselbe galt für Mitglieder des BGW.

Prompt erklärten nach dem Bekanntwerden des Papiers die Stadtwerke von Ludwigshafen, Rosenheim, Soest, Unna und Aachen ihren Austritt aus dem Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW). Die Technischen Werke Ludwigshafen (TWL) kündigten außerdem ihren Austritt aus dem VDEW an. Die fünf Stadtwerke begründeten ihren Austritt hauptsächlich mit der verbandspolitischen Ausrichtung von BGW und VDEW, die eher den Interessen der großen Konzerne als denen der lokalen Energieversorger verpflichtet sei. Mit derselben Begründung verließen bereits 2001 die Hamburger Wasserwerke (HWW) den BGW.



Lobbyisten und Parlamentarier zugleich: Parteiübergreifend setzten sich die Bundestagsabgeordneten Günther Rexrodt (links) und Peter Danckert für die Genehmigung der Fusion von E.ON und Ruhrgas ein.

Fotos: Bundestag

Die besten Lobbyisten sitzen selber im Parlament oder in der Regierung

Die Großunternehmen der Branche hatten sich noch nie auf die Verbände verlassen, sondern betrieben seit jeher ihr eigenes Lobbying. Unterstützung erhielten sie dabei nicht nur durch Leute, die als Lobbyisten ganz offiziell auf der Gehaltsliste standen, sondern auch durch allerlei hilfswillige Volksvertreter und Amtsinhaber. Nach Recherchen der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ hatten im Jahr 2002 mindestens 50 Bundestagsabgeordnete Aufsichtsratsmandate bei Unternehmen und gleichzeitig einen Sitz in Ausschüssen, die über solche Gesetze mitbestimmen, die diese Unternehmen betreffen. Über solche Personalunionen

ergab sich natürlich eine wirksamere Form der politischen Einflußnahme, als dies dem offiziell akkreditierten Lobbyisten durch sein Antichambrieren in Abgeordneten-Büros und Ministerien möglich war.

Beispielsweise gehörte der Bundestagsabgeordnete Günther Rexrodt (FDP), in dessen Amtszeit als Bundeswirtschaftsminister die Liberalisierung des Strommarktes zustande kam, gleich acht Aufsichtsräten, Beiräten und sonstigen Gremien von Unternehmen an. Eines davon war das Berliner PR-Unternehmen WMP Eurocom AG, das sich auf Unternehmens- und Politikberatung spezialisiert hatte. Zusammen mit dem früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und dem ehemaligen „Bild“-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje war Rexrodt auch Eigentümer des Unternehmens, dessen Vorstand zudem der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Danckert angehörte. Hauptkunden des Unternehmens waren nicht ganz zufällig die Stromkonzerne E.ON und Vattenfall. – Vor diesem Hintergrund nahm es nicht wunder, daß sich die beiden Bundestagsabgeordneten Rexrodt und Danckert parteiübergreifend für die Genehmigung der Fusion von E.ON und Ruhrgas einsetzten, nachdem das Bundeskartellamt sein Veto eingelegt hatten.

Stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD unterstützt Vattenfall beim Einstieg in Deutschland

Als der schwedische Vattenfall-Konzern über die „Hamburgischen Electricitäts-Werke“ (HEW) in den deutschen Strommarkt einstieg, bediente er sich des stellvertretenden energiepolitischen Sprechers der SPD im Bundestag, Reinhard Schultz: Über das ihm gehörende Unternehmen „Schultz Projekt Consult“ bekam der Bundestagsabgeordnete vom damaligen HEW-Chef Manfred Timm den Auftrag, HEW/Vattenfall bei der Übernahme von Bewag, Veag und Laubag zu unterstützen. Unter anderem geschah dies dadurch, daß Schultz in der Auseinandersetzung zwischen HEW und Mirant um die E.ON-Anteile an der Berliner Bewag eine Stellungnahme gegenüber der „Financial Times Deutschland“ abgab, wonach Mirant bei einer Übernahme der Bewag-Mehrheit keine Aussicht gehabt hätte, im zweiten Schritt den geplanten Einstieg bei der ostdeutschen Veag zu vollziehen. Der Lohn blieb nicht aus: Später saß Schulz



*Vattenfall zu Diensten:
Reinhard Schultz (SPD)*

Foto Bundestag

sowohl bei der Veag als auch bei der Laubag im Aufsichtsrat. Einen Konflikt zwischen seinen politischen Ämtern und der Lobby-Tätigkeit vermochte der Volksvertreter indessen nicht zu erkennen: Schließlich habe er nicht der Bundesregierung angehört und deshalb „keinen Einfluß gehabt“, meinte er auf entsprechende Vorhaltungen.

Auch sonst setzte sich Schultz ungeniert für die Energiekonzerne ein. Als „Mittelstandsbeauftragter“ der SPD warf er im Oktober 2006 dem Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) vor, dessen Pläne zur Verschärfung des Kartellrechts könnten „eine Idee von Günter Mittag sein, dem letzten Wirtschaftsminister der DDR“ sein. Als im Dezember 2006 die EU-Kommission den deutschen Zuteilungsplan für die zweite Periode des Handels mit Emissionsrechten radikal zusammenstrich, meldete sich Schultz mit der schrillsten aller Lobbyisten-Stimmen zu Wort, indem er die Rückgängigmachung der Abstriche verlangte. Andernfalls müsse „geprüft werden, ob das europäische CO₂-Handelssystem nicht gesprengt werden kann“. Der SPD-Volksvertreter saß noch immer im Aufsichtsrat des Braunkohleförderers Laubag, der inzwischen in Vattenfall Europe Mining AG umbenannt worden war.

Die erstaunliche Karriere des VEW-Lobbyisten Georg Wilhelm Adamowitsch

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) beschäftigten von 1993 bis 1995 einen Mann namens Georg Wilhelm Adamowitsch als „Beauftragten für Bundes- und Europaangelegenheiten“, was die Umschreibung für Lobby-Arbeit in Bonn und Brüssel war. Wie viele andere leitende Angestellte des von sozialdemokratischen Kommunen dominierten Stromversorgers besaß er das Parteibuch der SPD. Über diese parteipolitische Schiene wurde er anschließend Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf unter dem SPD-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement.

Auch als rechte Hand von Wolfgang Clement verhielt sich Adamowitsch kaum anders wie ein Lobbyist der Stromwirtschaft: So signalisierte er einem britischen Investor, der bei Hürth ein besonders effizientes und deshalb steuerbefreites Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) bauen wollte, daß man das Kriterium des gesetzlich erforderlichen Wirkungsgrads von 57,5 Prozent so restriktiv auslegen werde, daß nicht mit einer Steuerbefreiung zu rechnen sei. Denn aus physikalischen Gründen war zu erwarten, daß am vorgesehenen Standort der Wirkungsgrad trotz optimaler Technik ganz minimal unter dieser Marke bleiben könnte. Der scholastisch anmutende



Adamowitsch blieb trotz seines SPD-Parteibuchs auch unter dem CSU-Minister Glos Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Hier spricht er Anfang 2006 auf der Veranstaltung „Business to Government“. *Pressefoto BMWi*

Streit um Bruchteile eines Prozents nutzte dem Braunkohleverstromer RWE, der die GuD-Konkurrenz mit scheelen Augen sah und inzwischen Adamowitschs früheren Arbeitgeber VEW geschluckt hatte.

Als Clement dann unter Gerhard Schröder das Bundeswirtschaftsministerium übernahm, wurde Adamowitsch sein Staatssekretär und bundesweit für energiewirtschaftliche Fragen zuständig. Er versah dieses Amt in einer Weise, das die Stromwirtschaft vielfach beglückte: Beispielsweise erreichte er die Verwässerung des Zuteilungsplans für Emissionszertifikate und reagierte äußerst allergisch auf Kritik der Monopolkommission, als diese der Bundesregierung die Begünstigung von Stromkonzernen zu Lasten des Wettbewerbs vorwarf. Als schließlich auf Weisung aus Brüssel auch in Deutschland der Netzbetrieb reguliert werden mußte, setzte sich Adamowitsch für eine möglichst zahnlose Regulierungsbehörde ein, indem er ihr beispielsweise nur eine „ex post“-Kontrolle der Netznutzungsentgelte zugestehen wollte.

In der folgenden Regierung der Großen Koalition behielt Adamowitsch zunächst seinen Posten im Wirtschaftsministerium, obwohl sein Chef nun der CSU-Minister Glos war. Man sah ihn anscheinend nicht als SPD-

Mitglied. Im April 2006 verbreitete die Zeitung „Die Welt“ sogar das Gerücht, Adamowitsch sei der aussichtsreichste Anwärter für die Leitung der Bundesnetzagentur, wenn Matthias Kurth im Herbst zum Generalsekretär der UNO-Organisation International Telecommunications Union gewählt werden sollte. Nur ein paar Wochen später meldete dann aber „Die Zeit“, daß Glos den Staatssekretär nun doch entlassen werde – nicht etwa wegen seines SPD-Parteibuchs, sondern wegen seiner notorischen Unternehmensnähe, die selbst dem CSU-Politiker zu weit ging.

Der Energie-Manager Werner Müller wird Minister

Wie inzwischen die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft zu verschwimmen begannen und wie unwichtig dabei oft Parteibücher waren, zeigt exemplarisch Werner Müller, den Schröder 1998 zu seinem ersten Wirtschaftsminister machte. Die beiden kannten sich bereits seit Anfang der neunziger Jahre, als Müller für die Veba die Verhandlungen über den Energiekonsens führte und gemeinsam mit Schröder die Niedersächsische Energie-Agentur gründete. Müller war eigentlich nur ein Lückenbüßer, nachdem Schröder ein anderer Kandidat für das Amt des Wirtschaftsministers abgesprungen war. Er besaß auch kein Parteibuch. Im Unterschied zu dem abgesprungenen Kandidaten verfügte er aber über unzweifelhafte Fachkenntnis, vor allem im Bereich der Energiewirtschaft: Müller begann seine Laufbahn 1973 bei RWE und war dort zuletzt Leiter des Referats „Marktanalysen“. 1979 wechselte er als Leiter der Energiepolitik zum Veba-Konzern, wo er 1990 als Generalbevollmächtigter den Gipfel seiner Karriere erreichte. Nach dem Tod des Veba-Chefs Rudolf von Bennigsen-Foerder, der als sein Gönner galt, mußte er sich ab 1992 mit einem Vorstandssitz bei der VKR Veba Kraftwerke Ruhr begnügen und schied 1997 gegen eine hohe Abfindung bei der Veba aus.



Doppelter Salto vom Manager zum Politiker und zurück: Werner Müller.
Pressefoto RAG

Man würde Müller wohl Unrecht tun, wenn man ihn aufgrund dieser Vita für einen in der Wolle gefärbten Vertreter der Stromwirtschaft hielt. Dafür war er ein zu selbständiger Kopf, der sich wohltuend von der

Ignoranz anderer Ministerkollegen abhob. Aber es erhob sich doch die Frage, ob ein Mann, der seiner ganzen beruflichen Tätigkeit nach bisher ein Energiemanager war, den für einen Wirtschaftsminister notwendigen Wechsel der Perspektive vollziehen werde können.

Mitunter sah es durchaus so aus. Etwa, wenn Müller der Branche den Kopf wusch, weil sie die Diskriminierung neuer Stromanbieter allzu schamlos betrieb. Bei Netzentgelten und Netzzugang sei „unglaublich viel Beschiß im Spiel, schlicht Beschiß“, erklärte er im April 2001 in einem Rundfunkinterview. Und auf dem kurz danach stattfindenden VDEW-Kongreß hielt er der Branche vor, ihr Bild werde geprägt von „reihenweisen Beschwerden, unzufriedenen Kunden und Wettbewerbern, die man am langen Arm verhungern läßt“. – Andererseits dachte er aber nicht daran, die dafür verantwortliche Praxis der Verbändevereinbarungen in Frage zu stellen, obwohl es bereits aufgrund des damaligen Energiewirtschaftsgesetzes möglich gewesen wäre, durch entsprechende Verordnungen des Bundeswirtschaftsministeriums dem Beschiß ein Ende zu bereiten.

Untersagung der Fusion von E.ON und Ruhrgas durch Ministererlaubnis außer Kraft gesetzt

Ins Zwielicht geriet Müller vollends, als er im Sommer 2002 die Übernahme der Ruhrgas AG durch den E.ON-Konzern mit ministerieller Brachialgewalt ermöglichte, obwohl das Bundeskartellamt und die Monopolkommission die Sturmglöcker läuteten. Da bekannt war, daß er als ehemaliger Veba-Manager auf der Pensionsliste von E.ON stand – daß er sogar bereits eine Pensionszahlung erhielt, war allerdings noch nicht bekannt – delegierte er die Erteilung der Ministererlaubnis an seinen Staatssekretär Alfred Tacke. Falls er gehofft hatte, sich auf diese Weise salvieren zu können, unterschätzte er aber die Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit. Nicht Tacke, sondern Müller und sein Gönner Schröder galten weiterhin als die Verantwortlichen für die Genehmigung. E.ON hätte auch selbstmörderisch gehandelt, eine derartige Riesen-Fusion gegen die absehbare Ablehnung durch das Bundeskartellamt zu betreiben, wenn nicht bereits auf politischer Ebene Zusagen vorgelegen hätten, die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamts durch eine Ministererlaubnis außer Kraft zu setzen. Die Proteste der Monopolkommission ignorierte die Bundesregierung ohnehin schon seit langem.

Aber so einfach, wie es sich die beteiligten Kreise aus Politik und Wirtschaft vorgestellt hatten, ging die Erteilung der Ministererlaubnis doch

Alfred Tacke, der anstelle von Müller die Fusion E.ON/Ruhr-gas absegnete, folgte später seinem ehemaligen Dienstherrn zum RAG-Konzern und wurde Chef des Steinkohleverstromers Steag.

Pressefoto Steag



nicht über die Bühne: Tacke erledigte seinen Auftrag derart schlampig, daß das Oberlandesgericht Düsseldorf den Vollzug der Erlaubnis wegen „gravierender Verfahrensfehler“ stoppte. Tacke wollte daraufhin das Veto des Bundeskartellamtes ein zweites Mal durch Erteilung einer Ministererlaubnis unwirksam machen, wobei er die Auflagen für E.ON leicht verschärfte. Die Richter ließen sich indessen nicht beirren und hielten das Vollzugsverbot aufrecht. E.ON einigte sich deshalb mit den klagenden Konkurrenten außergerichtlich, so daß die Ministererlaubnis doch noch zu Anfang des Jahres 2003 rechtskräftig werden konnte.

Nachdem Wolfgang Clement (SPD) in der zweiten Regierung Schröders das Amt des Bundeswirtschaftsministers übernommen hatte, wurde Werner Müller Vorstandsvorsitzender des RAG-Konzerns, für den er in seiner Amtszeit die Steinkohle-Subventionen ausgehandelt hatte. Seine Berufung erfolgte auf Vorschlag von E.ON-Chef Ulrich Hartmann als Vorsitzendem des RAG-Aufsichtsrats. Anscheinend verdankte er das neue Amt aber auch der IG Bergbau Chemie Energie, die wegen der paritätischen Mitbestimmung bei dem Montanunternehmen eine starke Position besaß und sich von dem früheren Bundeswirtschaftsminister ein optimales Ergebnis bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung der Steinkohle-Beihilfen erhoffte.

Filz-Debatte im Bundestag

Aus diesem Anlaß kam es am 10. April 2003 zu einer „Filz-Debatte“ im Bundestag, in der CDU/CSU und FDP der rot-grünen Koalition Postenschacher und Korruption vorwarfen. SPD und Grüne wiesen diese Vor-

würfe als scheinheilig zurück und bezichtigten ihrerseits die Oppositionsparteien der Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Unter anderem kamen die bereits erwähnten Verfilzungen des FDP-Politikers Rexrodt zur Sprache. Die Opposition breitete dafür das Sündenregister Müllers aus, dem der CDU-Abgeordnete Hartmut Schauerte vorwarf, während seiner Amtszeit „erkennbar monopolnah und liberalisierungsfeindlich“ gehandelt zu haben:

„Die Berufung erfolgt nicht wegen der schönen Augen von Herrn Müller, sondern weil er für das Unternehmen Ruhrkohle AG aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Minister und der damit verbundenen besten Beziehungen zum Haus mit Blick auf die nächsten Subventionsentscheidungen nützlich sein soll. Das ist eine dienstliche Angelegenheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Monopolminister Müller ist nun nach einer vierjährigen Entleihung – eine Zeit, in der er die Energiemonopole gestärkt hat – hoch bezahlt in die Monopole zurückgekehrt. Genau diese Kurve ist er gefahren. Das hat nichts damit zu tun, dass wir eine Wechselbeziehung zwischen Politik und Wirtschaft wollen. So grob, so plump, so durchsichtig und so voller Beziehungsgeflecht, das der Steuerzahler zu bezahlen hat, haben wir das in diesem Lande noch nicht erlebt. Das ist ein Anschlag auf die Sauberkeit.“

Der Staatssekretär Tacke, der für Müller die Fusion von E.ON und Ruhrgas genehmigt hatte, behielt auch in der zweiten Regierung Schröders sein Amt. Anscheinend kam es dann aber zu Spannungen mit dem bereits erwähnten Georg Wilhelm Adamowitsch, der als Staatssekretär zwar formal dieselbe Stellung wie Tacke hatte, aber ein weit engeres Verhältnis zum neuen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement besaß. Tacke wurde deshalb Anfang 2005 von seinem früheren Dienstherrn nachgeholt und zum Vorstandsvorsitzenden des zum RAG-Konzern gehörenden Steinkohleverstromers Steag gemacht.

„Nachgelagerte Bestechung“

Ex-Bundeskanzler Schröder wird Angestellter von Gazprom und sein ehemaliger Wirtschaftsminister Clement darf in den Aufsichtsrat von RWE Power einziehen

Im Dezember 2005 gab die russische Gazprom bekannt, daß der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den Vorsitz im Aufsichtsrat der „North European Gas Pipeline Company“ (NEGP) übernehmen werde. Diese Gesellschaft – ein Jahr später in „Nord Stream“ umbenannt – war von Gazprom gemeinsam mit den deutschen Gasversorgern E.ON und BASF gegründet worden, um das Projekt einer Gas-Pipeline durch die Ostsee zu verwirklichen und anschließend zu betreiben. Gazprom besitzt mit 51 Prozent die Mehrheit und bestimmt deshalb auch den Aufsichtsratsvorsitzenden. Der Rest verteilt sich zu gleichen Teilen auf E.ON und BASF. Schröders Berufung erfolgte somit auf Wunsch von Gazprom bzw. des russischen Präsidenten Putin, mit dem Schröder das Projekt in seiner Amtszeit als Bundeskanzler politisch unterstützt und durchgesetzt hatte. Angesichts dieser Vorgeschichte und der mafiösen Strukturen der russischen Politik und Wirtschaft wurde Schröders Wechsel vom Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zum Gazprom-Angestellten weiterhin als skandalös empfunden, zumal der Staatskonzern auch eine aktive Rolle bei der Gleichschaltung der russischen Medien spielt.

Debatte über „zweifelhaften Job“ des Ex-Kanzlers

Auf Antrag der FDP diskutierte der Bundestag am 15. Dezember 2005 in einer „Aktuellen Stunde“ die Haltung der Bundesregierung zur neuen Tätigkeit Schröders. „Kein vernünftiger Mensch hätte ihm den Rat geben können, eine solche Entscheidung zu treffen“, kritisierte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt das „instinktlose“ Verhalten des ehemaligen Bundeskanzlers. Für die Fraktion der Grünen forderte der Abgeordnete Matthias Berninger Schröder zum Verzicht auf seinen „zweifelhaften Job“ auf. Gazprom sei immerhin ein Unternehmen, das „nicht gerade für bürgerliche Freiheitsrechte steht“, sondern im Gegenteil davon profitiere, „dass Leute inhaftiert werden und der russische Staat seinen starken Arm zeigt“. Es gebe in Rußland viele Personen aus dem Medienbereich, die unter Gazprom zu leiden hätten. Hinzu sei der Geschäftsführer des Pipeline-Konsortiums, Matthias Warnig, „ein Ex-Stasimajor, der zuvor zufälligerweise Wirtschaftsspionage im Banken-



Bundeskanzler Schröder und Kremlchef Putin assistieren bei der Unterzeichnung der Grundsatzvereinbarung über die Beteiligung der BASF am Bau der Nordeuropäischen Gaspipeline am 11. April 2005 in Hannover und geben damit der formal privatrechtlichen Vereinbarung den regierungsamtlichen Segen. Links neben Schröder der BASF-Vorstandsvorsitzende Jürgen Hambrecht, rechts neben Putin Gazprom-Chef Alexej Miller. Wegen der mafiösen Strukturen von Politik und Wirtschaft in Rußland können BASF und E.ON solche politische Rückendeckung gut gebrauchen. Zum Beispiel dient Gazprom der im Kreml herrschenden Clique nicht nur als wichtigste Einnahmequelle, sondern auch als Instrument zur Gleichschaltung der russischen Medien. Noch ahnt zu diesem Zeitpunkt niemand, daß Schröder ein Dreivierteljahr später selber auf der Gehaltsliste einer Gazprom-Tochter stehen wird.

(Pressefoto NEGP)

bereich betrieben hat und bei der Dresdner Bank tätig war“. Insgesamt müsse das Verhalten Schröders als „unanständig“ charakterisiert werden. Zurückhaltender, aber gleichfalls auf Distanz zu Schröder bedacht, äußerten sich Abgeordnete der Unionsfraktion, während SPD-Sprecher erwartungsgemäß das Verhalten des ehemaligen Bundeskanzlers verteidigten.

Tatsächlich hatte Schröder das Projekt der Ostsee-Pipeline in seiner Amtszeit als Bundeskanzler kräftig gefördert. Es hatte solche Förderung auch nötig, denn eigentlich war nur Gazprom daran interessiert. Sogar die Ferngasimporteure BASF und E.ON sahen zunächst keine

Notwendigkeit, die Kapazität der bereits bestehenden Pipeline-Verbindungen durch die osteuropäischen Länder zu erweitern. Dagegen begeherten der Kreml und der eng mit ihm verbundene Gaskonzern eine Direktleitung nach Westeuropa, um die osteuropäischen Länder besser unter Druck setzen zu können, falls sie sich weigern sollten, die von Gazprom verlangten Preise zu zahlen. Durch den Bau der Ostsee-Pipeline verloren die Transitleitungen als Faustpfand an Wert.

Nachdem es Gazprom mit viel Druck und Tricks doch geschafft hatte, BASF und E.ON in das Projekt einzubinden, assistierte Schröder im April und im September 2005 gemeinsam mit Kremlchef Putin bei der Unterzeichnung der entsprechenden Grundsatzvereinbarungen, als ob es um einen Vertrag zwischen Regierungen gegangen wäre. Entsprechend verschnupft reagierten die osteuropäischen Länder. Vor allem in Polen befürchtete man verschärfte russische Pressionen, wenn die Ostsee-Pipeline fertig sein würde.

Schröder will von Milliarden-Bürgschaft der Regierung für seinen neuen Arbeitgeber nichts gewußt haben

Zusätzlich hatte die von Schröder geführte Bundesregierung im Oktober 2005 zugesagt, für einen Bankenkredit an Gazprom in Höhe von einer Milliarde Euro zu bürgen. Der Kredit sollte jeweils zur Hälfte von der Deutschen Bank und der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgebracht werden und die Finanzierung des Pipeline-Projekts durch die Ostsee ermöglichen. Die Kreditzusage wurde allerdings erst im April 2006 bekannt, als Schröder längst kein Bundeskanzler mehr war, sondern auf der Gehaltsliste von Gazprom und anderen mehr oder weniger ehrenwerten Unternehmen stand. Schröder bestritt auch sofort, von dem Kredit überhaupt etwas gewußt zu haben, obwohl die mögliche Belastung des Staatshaushalts mit einer Milliarde Euro eigentlich eine Angelegenheit ist, die nicht am regierenden Bundeskanzler vorbei entschieden werden sollte – zumal wenn er sich, wie Schröder, so eifrig für dieses Projekt eingesetzt hatte.

Sicher war jedenfalls: Als der interministerielle Ausschuß die Übernahme der Milliarden-Bürgschaft am 24. Oktober 2005 genehmigte, stand bereits fest, daß Schröder nicht mehr Kanzler werden würde. Er hatte bei den Bundestagswahlen am 18. September die rot-grüne Regierungsmehrheit verloren und am 10. Oktober auch offiziell seinen Rückzug vom Amt des Bundeskanzlers erklärt. Am 9. Dezember ließ die russi-

sche Gazprom dann wissen, daß sie Schröder zum Aufsichtsratsvorsitzenden der „North European Gas Pipeline Company“ (NEGP) berufen werde.

Sicher war ferner: Nach der Billigung durch den interministeriellen Ausschuß war die Bürgschaft für das Bundeswirtschaftsministerium von Staatssekretär Bernd Pfaffenbach abgezeichnet und auch dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) zur Kenntnis gebracht worden. Für das Finanzministerium genehmigte sie der damalige Staatssekretär Caio Koch-Weser, der zu diesem Zeitpunkt wußte, daß er aus dem Amt scheidet würde. Drei Monate später wechselte Koch-Weser als Berater zur Deutschen Bank, die das größte Interesse an dem Milliarden-Kredit für Gazprom hatte und ihn zur Hälfte bereitstellen sollte.

Clement vertritt nun ganz offiziell die Interessen des RWE-Konzerns

Am 16. Februar 2006 diskutierte der Bundestag schon wieder in einer „Aktuellen Stunde“ – dieses Mal auf Antrag der Grünen – über das seltsame Amtsverständnis von ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung. Denn drei Tage vorher war der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in den Aufsichtsrat der RWE Power AG gewählt worden. Im 21köpfigen Aufsichtsgremium der Kraftwerksgesellschaft des RWE-Konzerns übernahm Clement gemäß den Regelungen der Montan-Mitbestimmung die Rolle des neutralen Mitglieds, dessen Votum bei Stimmgleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Ausschlag gibt. Da er als Bundeswirtschaftsminister in vielfacher Weise mit dem Geschäftsbereich von RWE zu tun hatte und schon als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen beispielsweise die Braunkohle-Verstromung favorisierte, löste er mit der Über-



Wolfgang Clement - auf diesem Bild noch als Bundeswirtschaftsminister

Pressebild BMWA

nahme des Posten scharfe Kritik aus. Auch in der Bundestagsdebatte wurde ihm unterstellt, der Aufsichtsratsposten sei eine Belohnung für seine branchenfreundliche Politik als Wirtschaftsminister.

Nach Werner Müller, Alfred Tacke und Gerhard Schröder wechselte mit Wolfgang Clement erneut ein hochrangiger Vertreter der inzwischen abgewählten rot-grünen Bundesregierung ohne Einhaltung einer Schamfrist direkt in die Wirtschaft – und zwar zielsicher zu solchen Unternehmen, die früher von ihrer amtlichen Tätigkeit profitiert hatten. Zum allem Überfluß war kurz davor bekanntgeworden, daß Schröder sich nun auch als Berater des RAG-Konzerns betätigte, der unter dem neuen Chef Werner Müller die profitablen Bereiche gern privatisieren und die Steinkohle-Lasten dem Bund überlassen wollte. Schröders Beratertätigkeit für die RAG kollidierte deshalb ganz unmittelbar mit den Interessen der Bundesregierung, die er noch vor kurzem repräsentiert hatte.

„Eine Form von Korruption, die leider legal ist“

„Dieser extrem vermachtete Sektor unserer Volkswirtschaft braucht klare Scheidelinien gegenüber der Politik“, warnte in der Bundestagsdebatte der grüne Abgeordnete Reinhard Loske. „Sonst bekommen wir ein riesengroßes Glaubwürdigkeitsproblem.“ – In der Tat mußten gerade die Grünen um ihre Glaubwürdigkeit bangen, denn in der Koalition mit der SPD hatten sie Schröders neoliberale Umverteilung von arm zu reich mitgetragen und auch Clements Willfährigkeit gegenüber den Energiekonzernen allenfalls dort Widerstand geleistet, wo es um ideologisch unverrückbare Positionen wie die Förderung der erneuerbaren Energien ging.

Abgeordnete der Unionsparteien und der FDP schlugen die Schaffung eines freiwillig einzuhaltenden Ehrenkodexes vor, weil „nicht alles, was legal ist, auch legitim ist“. Die SPD vermochte erwartungsgemäß kein Fehlverhalten bei Clement, Schröder oder Müller zu erblicken, doch plädierte sie ebenfalls für „eine Scheidelinie bezüglich dessen, was man nach dem Ausstieg aus der Politik tut“.

Die Linkspartei-Abgeordnete Gesine Löttsch brauchte solche Rücksichten nicht zu nehmen und fand eine recht hübsche Formulierung, um das Verhalten von Clement und Schröder zu charakterisieren: Beide Politiker hätten „augenscheinlich politische Vorleistungen erbracht, die jetzt mit Vorstands- und Aufsichtsratsposten versilbert werden“. Es handele sich hier um „nachgelagerte Bestechung“ und „eine Form von Korruption, die in Deutschland leider legal ist“.



Noch in Amt und Würden: Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Hermann-Josef Arentz (links) und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer (rechts) mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel bei einer Pressekonferenz im Jahr 2003.

Pressefoto CDA

Gehalt ohne Arbeitsverpflichtung

Die „Landschaftspflege“ der Stromversorger gerät ins Visier der Staatsanwaltschaften

Neben zielgerichtetem Lobbying entwickelte die Stromwirtschaft mannigfache Formen der politischen „Landschaftspflege“, um Personen und Institutionen bei guter Laune zu halten, die bei passender Gelegenheit nützlich sein konnten. Der Begriff tauchte erstmals Anfang der achtziger Jahre in der Flick-Affäre auf, als sich herausstellte, daß der Flick-Konzern sämtliche Bundestagsparteien mit „Spenden“ bedacht hatte – allerdings wohldosiert und mit einer klaren Präferenz für Union und FDP –, um ein freundliches politisches Umfeld für seine geschäftlichen Interessen zu erzeugen

Zu besonderer Meisterschaft brachten es in dieser Hinsicht die stark im kommunalen Bereich verankerten Stromkonzerne RWE und VEW, die im Jahr 2000 fusionierten. In politischen Kreisen, die mit der „Landschaftspflege“ vertraut waren, wurde der Kürzel VEW mit „vom Elend weg“ übersetzt. Nach Ermittlungen der „Süddeutschen Zeitung“ standen noch Anfang 2005 mehr als 200 Stadträte und Kreisverordnete auf der Gehaltsliste von RWE. Der Vorstand von RWE Power habe mit dem Gesamtbetriebsrat sogar eine regelrechte Betriebsvereinbarung über „die Freistellung von Mitarbeitern zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher

Mandate“ geschlossen. Nach Paragraph 4 dieser Vereinbarung erhielten politische Mandatsträger „für die Dauer ihrer Mandatsausübung von RWE Power einen finanziellen Ausgleich für den Fall, daß ihre Bezüge durch die Übernahme des Mandats hinter ihrer RWE-Power-Einkommensentwicklung zurückbleiben“. Die Mandatsausübung wurde bei der betrieblichen Altersversorgung voll „als Dienstzeit“ angerechnet.

Der politischen „Landschaftspflege“ dienten auch vier sogenannte Regionalbeiräte, die das Netz- und Vertriebsunternehmen RWE Energy in Nordrhein-Westfalen einrichtete. Die rund hundert Mitglieder dieser Regionalbeiräte waren Landräte und Bürgermeister solcher Gemeinden, die ein größeres RWE-Aktienpaket besaßen oder dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA) angehören. Sie bekamen für die Mitgliedschaft in dem Gremium eine Jahresvergütung von 6 650 Euro sowie ein Sitzungsgeld von 100 Euro. Die E.ON-Tochter Thüga unterhielt ähnliche Beiräte und honorierte die Mitgliedschaft mit jährlich 3750 Euro sowie einem Sitzungsgeld von 250 Euro. Manche dieser Beiräte trafen sich nur ein- oder zweimal im Jahr.

Mit Geld von RWE sichert der CDA-Vorsitzende Arentz seine „innere Unabhängigkeit“

Ende 2004 wurde bekannt, daß der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, auf der Gehaltsliste von RWE Power bzw. Rheinbraun stand, ohne dafür die übliche Gegenleistung zu erbringen. Der 51jährige Arentz war seit 1980 CDU-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag. Als Landtagsabgeordneter erhielt er eine Grunddiät von monatlich 4 800 Euro sowie eine steuerfreie Kostenpauschale von 1 200 Euro. Ferner konnte er monatlich bis zu 2 300 Euro für Fahrtkosten und Aufwand geltend machen. Daß er außerdem auf der Gehaltsliste des RWE-Konzerns stand, war an sich kein Geheimnis: Im Handbuch des Landtags von Nordrhein-Westfalen hatte er selber angegeben, „seit Mai 1992 Mitarbeiter der Rheinbraun AG in Köln“ zu sein. Neu war allerdings, daß er nicht die üblichen Pflichten eines Angestellten erfüllen mußte. Die RWE Power AG bestätigte, daß Arentz „zuletzt nur noch für punktuelle Beratung“ zur Verfügung gestanden habe. Neben einem Gehalt von 60 000 Euro erhielt er von RWE Gratis-Strom bis zu 7 500 Kilowattstunden jährlich.

Das Gratis-Gehalt von RWE wurde nicht ganz zufällig vor einem CDU-Parteitag bekannt, auf dem Arentz erneut für das Präsidium kandidierte.

Arentz kündigte daraufhin an, den Gehaltsbezug von RWE für die Dauer seiner Landtagszugehörigkeit ruhen zu lassen. Im übrigen vermochte er aber nichts Kritikwürdiges an seinem Verhalten zu erkennen. Er behauptete sogar, das RWE-Gehalt habe ihm als Politiker die notwendige „innere Unabhängigkeit“ gesichert. Die Parteitagsdelegierten sahen dies indessen anders: Bei der Neuwahl des Präsidiums fiel Arentz mit knapp 34 Prozent der Stimmen durch, obwohl kein Gegenkandidat aufgestellt worden war. Wenig später gab er seinen Rücktritt als CDA-Vorsitzender bekannt und kandidierte auch nicht mehr für den Landtag.

Der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer bezieht gleich dreifache Einkünfte

Zunächst wurden mißgünstige Parteifreunde aus dem „Kölner Klüngel“ als Urheber der Enthüllung vermutet. Anscheinend richtete sich die innerparteiliche Intrige aber nicht so sehr gegen Arentz als gegen den von ihm repräsentierten Arbeitnehmerflügel in der CDU. Möglicherweise wurde sie sogar aus Kreisen der Parteiführung lanciert. Falls dies zuträfe, wäre es ein Bumerang gewesen. Denn nun stellte sich heraus, daß auch CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer äußerst großzügige Arbeitsbedingungen genoß, als er beim Stromkonzern VEW auf der Gehaltsliste stand, der im Jahr 2000 mit RWE fusionierte. Meyer hatte von 1975 bis 1999 für VEW gearbeitet. 1988 wurde er Hauptabteilungsleiter der sauerländischen VEW-Bezirksdirektion Arnsberg. Er war in dieser Zeit Mitglied des Rates der Stadt Hamm (1975-1995), Fraktionsvorsitzender der CDU Hamm (1989-1995), Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen (seit 1990), Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion (1990-1999) und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender (1997-1999). Diese vielfachen politischen Aktivitäten waren mit den üblichen Verpflichtungen eines leitenden Angestellten offenkundig nicht vereinbar. Immerhin soll Meyer aber bei VEW noch über einen Schreibtisch verfügt haben, was bei Arentz nicht der Fall war. Als VEW-Bezirksdirektor verfügte er außerdem über einen Dienstwagen mit Chauffeur.

Im Unterschied zu Arentz bekam Meyer zunächst Rückendeckung von der CDU-Vorsitzenden Angelika Merkel und anderen Unionspolitikern. Zum Verhängnis wurde ihm, daß er seine finanziellen Bindungen an den RWE-Konzern nur unvollkommen offenbarte. Zunächst räumte er lediglich ein, bis heute einen Anstellungsvertrag mit RWE zu besitzen. Dieser ruhe jedoch bzw. sei mit keiner Gehaltszahlung verbunden. Al-

lerdings beziehe er von RWE Gratis-Strom im Wert von rund 1400 Euro im Jahr und zahle ein Unternehmensdarlehen für den Hausbau ab. Außerdem habe er im Jahr 2001 von RWE „irgendeine Ausschüttung“ erhalten. Etwas später stellte sich heraus, daß Meyer im Frühjahr 1999, nachdem er zum Fraktionschef der CDU im Düsseldorfer Landtag gewählt worden war, einen Auflösungsvertrag mit VEW geschlossen hatte, der ihm eine Abfindung von insgesamt 250 000 Mark sowie bis 30. Juni 2000 die Rückkehrmöglichkeit ins alte Arbeitsverhältnis sicherte. Meyer machte von dieser Rückkehrmöglichkeit Gebrauch, nachdem die CDU bei den Landtagswahlen im Mai 2000 unterlegen war und er aus dem Fraktionsvorsitz ins Amt des Landtagsvizepräsidenten wechseln mußte. Er verzichtete jedoch nicht auf die Abfindung, sondern ließ sich diese in voller Höhe auszahlen. Auch nach seiner Wahl zum CDU-Generalsekretär im November 2000 bezog er noch fünf Monate lang Gehalt von RWE. Eine Zeitlang verfügte er so gleich dreifach über regelmäßige Einkünfte als CDU-Generalsekretär, RWE-Manager und Landtagsabgeordneter. Aufgrund dieser neu bekanntgewordenen Fakten wurde Meyer in CDU-Kreisen zunehmend als Belastung empfunden. Vor allem der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers forderte mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen die Ablösung des Generalsekretärs. Am 22. Dezember erklärte Meyer seinen Rücktritt.

Sein Anstellungsverhältnis mit RWE Power beendete Laurenz Meyer ebenfalls, aber unter äußerst komfortablen Umständen: Zusätzlich zu seinen hohen Pensionsansprüchen für die Zeit seiner Tätigkeit bei VEW/RWE sowie als Landtags- und Bundestagsabgeordneter erhielt er nun eine „Abfindung“ von 400 000 Euro. Die Höhe der Summe begründete RWE mit der langen Dauer des Anstellungsverhältnisses, das 1975 beim damaligen VEW-Konzern begonnen hatte: Meyer erhalte, wie üblich, pro Monat ein Bruttogehalt.

Zur Beschwichtigung der Empörung über sein Verhalten hatte Meyer angekündigt, eine Summe von 81 806 Euro den SOS-Kinderdörfern zu spenden. Es handelte sich dabei um einen Teil der Abfindung, die er von VEW kassiert hatte, obwohl er sein Pro-Forma-Arbeitsverhältnis dann doch fortsetzte. Auf Nachfrage stellte sich indessen heraus, daß er diese Zusage nicht eingelöst hatte. Allerdings überwies der RWE-Konzern den SOS-Kinderdörfern eine Spende in Höhe von 100 000 Euro. Zugleich ließ er verlauten, daß er von Meyer die Rückzahlung der „irrtümlich“ ausgezahlten 81 806 Euro erwarte.

Strafbar wurde die „Landschaftspflege“, soweit sie Amtspersonen betraf, erst durch das 1997 in Kraft getretene Korruptionsbekämpfungsgesetz. Unter anderem wurde damals das Strafgesetz dahingehend verschärft, daß Amtsträger im Zuge einer Leistung auch keine Spenden für Dritte annehmen dürfen. Außerdem war es nun nicht mehr relevant, ob das Geld für eine konkrete Amtshandlung fließt oder nur zur Klimapflege überwiesen wird.

„Pecunia non olet“ – die Strafverfolger sehen es anders

Über den verschärften Bestechungsparagraphen stolperte nicht nur die Energie Baden-Württemberg (EnBW), als sie Minister mit teuren Freikarten für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 bedachte. Er wurde auch mehreren Bürgermeistern zum Verhängnis, die es gewohnt waren, Spenden der Stromversorger für kommunale Zwecke zu erhalten. So ermittelte die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern gegen den Landauer Oberbürgermeister Christof Wolff (CDU) wegen fünf Millionen Mark, die 1999 von der Berliner Bewag für die Renovierung der Landauer Festhalle gespendet worden waren. Die Bewag hatte damals für die 51-Prozent-Mehrheit an den Landauer Stadtwerken, die nun in der „Energie Südwest“ aufgingen, nur 20 Millionen Mark gezahlt, obwohl deren Wert auf fast 80 Millionen Mark geschätzt wurde. Die Staatsanwaltschaft witterte einen möglichen Zusammenhang zwischen der Spende und dem niedrigen Kaufpreis. Wolff war sowohl Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke als auch Vorsitzender des Festhallen-Fördervereins, an den die Spende floß. Falls er in dieser Doppelposition die Spende zum Nachteil der finanziellen Interessen des Energieversorgungsunternehmens veranlaßt hatte, konnte dies sogar als Untreue gewertet werden.

Im Frühjahr 2005 verhandelte das Landgericht Hildesheim gegen den früheren Oberbürgermeister von Hildesheim und Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke, Kurt Machens, sowie zwei Vorstandsmitglieder der Hildesheimer Stadtwerke. Der Vorwurf der Bestechlichkeit stützte sich auf knapp eine Million Mark, die Ruhrgas und Thüga, bevor diese sich im Jahr 2001 mit jeweils 12,6 Prozent an den Hildesheimer Stadtwerken beteiligten, einem von Machens gegründeten Verein gespendet hatten. Dieser Verein gab das Geld seinerseits für gemeinnützige Zwecke aus. Er trug den beziehungsreichen Namen „pecunia non olet“ (Geld stinkt nicht) und wurde im Juli 2002 wieder aufgelöst. Das Gericht erkannte zwar auf Freispruch, doch war der Bundesgerichtshof anderer Meinung und erzwang eine Neuverhandlung.

In der Hildesheimer Affäre wurde als Zeuge unter anderen der frühere Vorstandsvorsitzende der Ruhrgas AG, Friedrich Späth, gehört. Er berichtete, daß derartige Spenden an Vertragspartner branchenüblich seien. Eine Beeinflussung sei damit selbstverständlich nicht beabsichtigt gewesen...

Nicht das geringste Unrechtsbewußtsein zeigten auch die Bürgermeister von elf badischen Gemeinden, deren Rathäuser im März 2005 von der Polizei durchsucht wurden. In diesem Fall hegte die Staatsanwaltschaft den Verdacht, das Elektrizitätswerk Mittelbaden habe die Verlängerung von Konzessionsverträgen mit Spenden an die Gemeinden erkaufte.

In der Tat ließ der Regionalversorger, dessen Räume ebenfalls durchsucht wurden, den von ihm versorgten Gemeinden seit Jahren eine Mark bzw. 51 Cent pro Einwohner an Spenden zukommen. Das Geld floß an Vereine und gemeinnützige Einrichtungen, die von den Bürgermeistern benannt wurden.

Bei Kommunalpolitikern der Region stieß die Aktion weitgehend auf Unverständnis und Widerspruch. Sie verwiesen darauf, daß die Spendenpraxis bisher nicht beanstandet wurde und daß die im Verdacht der Vorteilsgewährung stehenden Rathauschefs selber zum Aktionärskreis des Stromversorgers gehören. In der Tat befand sich das Elektrizitätswerk Mittelbaden mehrheitlich im Eigentum der Kommunen, denen es spendete. Die öffentliche Hand betrieb hier also politische Landschaftspflege gegenüber sich selbst.

Lustreisen für Kommunalpolitiker

Anfang 2006 ermittelte die Staatsanwaltschaft Köln gegen etwa hundert Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen, die sich als Mitglieder von Kontrollgremien kommunaler Gasversorger von E.ON Ruhrgas zu mehr oder weniger touristisch geprägten Reisen einladen ließen, wegen Verdacht der Vorteilsannahme. Betroffen waren 28 Kommunen, darunter die Städte Essen, Krefeld, Leverkusen, Euskirchen und Siegburg. Parallel dazu ermittelte sie wegen Vorteilsgewährung gegen mehrere Beschäftigte von E.ON Ruhrgas, die für diese Art „Kundenpflege“ zuständig waren. Ferner prüfte sie, ob auch 50 Lokalpolitiker aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland auf Kosten des Energiekonzerns reisten.

Ein beliebtes Reiseziel war die Bohrinsel „Sleiper“ vor der norwegischen Küste, um dort den Kommunalpolitikern die Gasförderung zu

zeigen. Andere Reisen führten nach Rom, Barcelona, St. Petersburg oder Brügge, ohne daß ein „dienstlicher“ Anlaß erkennbar gewesen wäre. Zum Beispiel reisten die Mitglieder des Aufsichtsrats der Stadtwerke Essen für etwa 120 000 Euro nach Spanien, als die Verlängerung des Liefervertrags mit E.ON anstand. Mitunter reisten auch Ehepartner mit. Konzernintern sollen die Veranstaltungen unter dem Motto „Der Kongreß tanzt“ gelaufen sein.

Die Lustreisen waren kein Geheimnis: Den Anstoß gab ein Zeitungsbericht über die bevorstehende Norwegen-Reise von 18 Mitgliedern der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats der Stadtwerke Burscheid, auf den die Staatsanwaltschaft aufmerksam gemacht worden war. Zuvor hatten sich die Burscheider Aufsichtsräte von E.ON zu einem Ausflug nach Strasbourg und zu einem Museumsbesuch in Essen einladen lassen. Im Zuge der Ermittlungen, bei denen auch die Zentrale von E.ON Ruhrgas in Essen durchsucht wurde, stieß die Staatsanwaltschaft auf die anderen Fälle.

Um einige der Reisen gab es bereits kommunalpolitische Auseinandersetzungen. So lehnten es im Oktober 2003 die Vertreter von Grünen, FDP und SPD ab, sich an einer von E.ON Ruhrgas finanzierten „Informationsreise“ des Aufsichtsrats der Stadtwerke Neuss nach Barcelona zu beteiligen. Im benachbarten Dormagen regte sich im Kommunalwahljahr 2004 öffentliche Kritik an einer von E.ON finanzierten Reise nach Amsterdam, bei der die Aufsichtsräte des kommunalen Versorgers evd ihre Partner mitgenommen hatten. Zuvor waren die evd-Aufsichtsräte auf Kosten von E.ON unter anderem nach Strasbourg und Brügge gereist.

Der RWE-Konzern pflegte ähnliche Praktiken. So reisten die Aufsichtsräte der Stadtwerke Hilden nach Strasbourg und Luxemburg, wobei RWE zumindest teilweise die Kosten übernahm. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Remscheid, an denen RWE zu 25 Prozent beteiligt ist, unternahm 2004 einen mehrtägigen Ausflug nach Madrid. Angeblicher Zweck der Reise war die Besichtigung einer Müllsortierungsanlage, obwohl die Stadtwerke Remscheid gar nicht auf diesem Sektor tätig waren.

„Positive Grundstimmung“

Energiekonzerne verausgaben Millionen zur Aufhellung ihres Erscheinungsbildes in der Öffentlichkeit

*Was auch geschieht –
nie sollt ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.*

Erich Kästner

Mit dem Lobbying verwandt ist die Image-Werbung. Sie soll den Energieversorgern ebenfalls ein freundliches politisches Umfeld verschaffen. Der Adressat ist allerdings keine bestimmte Person, von der man Hilfsdienste und Entgegenkommen erwartet. Es geht vielmehr um die Beeinflussung anonymer Wähler oder „Meinungsbilder“: Beispielsweise möchten die Stromversorger nicht für raffgierige Monopolisten gehalten werden, sondern für höchst verantwortungsbewußte, an der Spitze des technischen Fortschritts stehende und von menschenfreundlichen Zukunftsvisionen erfüllte Sachwalter des Gemeinwohls.

Das Strickmuster brauchte nicht neu erfunden zu werden. Beispielsweise läßt sich die Pharma-Industrie seit langem als unermüdlich forschender Wohltäter der Menschheit darstellen, um von der Überteuerung sowie der teilweisen Überflüssigkeit und Schädlichkeit ihrer Produkte abzulenken. Wenn die Vermittlung solcher Selbstbilder gelingt, gibt es für die Politiker keinen Anreiz mehr, als Anwalt der Wähler und Verbraucher aufzutreten. Dafür werden sie umso eher geneigt sein, ihr Ohr der Lobby zu leihen.

Image-Kampagnen können von den beauftragten Werbeagenturen generalstabsmäßig organisiert und durchgeführt werden. Es ist nur eine Frage des Geldes, wann und wo man entsprechende Plakate klebt, Anzeigen schaltet oder Fernsehspots sendet. Meistens setzen die Kampagnen dann ein, wenn im redaktionellen Teil die Stimmung nicht mehr so günstig ist, wie es die Auftraggeber gern hätten. Ein willkommener und einkalkulierter Nebeneffekt ist dabei die starke Abhängigkeit der Medien von bezahlten Anzeigen, die in mancherlei Form auf den redaktionellen Teil durchschlägt.

Die Energie Baden-Württemberg, die von allen Stromversorgern den höchsten Kernenergie-Anteil hat, machte aus dieser Not eine Tugend, indem sie sich als Vorkämpfer für CO₂-freie Stromerzeugung darstellte: „Wir sparen am meisten CO₂. Versprochen“ hieß es beispielsweise auf Plakaten und in Anzeigen, die ein Kraftwerk mit zugeknötetem Schornstein zeigten. Von Kernenergie war nicht die Rede. Dafür aber von Klimaschutz, Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energien.

Wir sparen am meisten CO₂.
Versprochen.

Die EnBW hat den geringsten Kohlendioxid-Ausstoß unter den großen Energieversorgern in Deutschland. Damit sind wir bereit für die Klimaschutz-Aufgaben der Zukunft. Versprochen. Ihre EnBW Energie Baden-Württemberg AG.

www.enbw.com

EnBW
Energie braucht Impulse

Die Image-Werbung der Energieversorger bestand aus der üblichen, intellektuell anspruchslosen, mit Schlagworten und englischem Imponiergefasel daherkommenden Art der Ansprache, wie sie die Werbeagenturen zu jedem beliebigen Zweck zusammenrühren. Sie beeindruckte nicht durch Argumente, sondern durch die schiere Macht des Geldes, mit dem sie über elektronische Medien, Plakatwände oder doppelseitige Zeitungsanzeigen ins Publikum gedrückt wurde. Und wenn auch sicher nicht alle den Kakao tranken, durch den sie gezogen wurden, mußten sie ihn doch bezahlen.

Zum Beispiel schaltete RWE im Oktober 2006 in den führenden Tageszeitungen ganzseitige Farbanzeigen: Die erste Seite enthielt nichts weiter als blauen Himmel, eine schwarz-rot-goldene Flagge am Rand und die Frage „Wer investiert am meisten in Deutschland?“ Auf diesen „Teaser“ folgte dann beim Umblättern der Zeitung eine weitere ganzseitige Anzeige derselben Machart, nur mit etwas mehr Text, wobei RWE als „wichtiger Impulsgeber für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ präsentiert wurde.

Zur Einführung des Namens E.ON zwei Wochen lang nur rote Flächen

Schon kurz nach Inkrafttreten des neuen Energierechts 1998 erhöhten die Stromversorger die Ausgaben für Reklame bedeutend und zählten bald zu den potentesten Auftraggebern der Werbeagenturen. Zunächst ging es dabei um Produktwerbung für Strommarken wie „Yello“ oder „Avanza“. Dann floß das Geld vor allem für die Etablierung neuer und Festigung alter „Dachmarken“ wie E.ON und RWE. Schließlich trat aber reine Sympathie-Werbung in den Vordergrund, die das einzelne Unternehmen oder die ganze Branche in ein möglichst günstiges Licht rücken sollte. Der Übergang zwischen diesen drei Formen von Werbung war fließend. Vor allem die Dachmarken-Kampagnen waren zum Teil auch Image-Kampagnen.

Ende Juni 2000 startete die neue E.ON AG eine groß angelegte Werbekampagne zur Einführung ihres Namens, der die bisherigen Bezeichnungen Veba und Viag bzw. PreussenElektra und Bayernwerk ersetzte. Es handelte sich um einen Kunstnamen, der mit Unterstützung externer Berater entwickelt worden war und sich bei einem Marktforschungstest mit über 2000 Personen gegen andere Vorschläge durchgesetzt hatte. Die affektierte Schreibweise mit einem Punkt nach dem E sollte den Aufmerksamkeitswert und den Kontrast zu anderen Marken zusätzlich steigern.

Der Reklamefeldzug kostete einen zweistelligen Millionenbetrag „in oberer Höhe“. Auf ganzseitigen Anzeigen in Tageszeitun-

The advertisement features a portrait of actress Veronika Ferres, who is looking directly at the camera with a slight smile. She has blonde hair styled up and is wearing a blue, off-the-shoulder, sequined dress. The background is dark and out of focus. Below the portrait is a red banner with white text. The text reads: "Mein e-on steht mir gut. Jeder wird in Zukunft seine Lieblingserregie bekommen. Zum Beispiel E.ON AQUAPOWER, Strom aus reiner Wasserkraft. Bestellen Sie jetzt unter 0800 30 30 40 9 oder www.eon.com". At the bottom right of the red banner is the E.ON logo, which consists of the letters "e-on" in a stylized font, with "Neue Energie" written in smaller text below it.

Mit dem surrealistisch anmutenden Spruch „Mein e-on steht mir gut“ warb die Schauspielerin Veronika Ferres für die neue Dachmarke E.ON

gen sowie auf Plakatwänden und im Fernsehen war zwei Wochen lang zunächst nur die Farbe rot zu sehen. Erst dann gesellte sich zur Farbe rot der spärliche Hinweis auf „E.ON - Neue Energie“. In einer dritten Stufe der Kampagne warb die Schauspielerin Veronika Ferres mit dem Non-sens-Slogan „Mein Eon steht mir gut“. Arnold Schwarzenegger hantierte mit einem Mixer („Mix it baby!“). Vordergründig ging es dabei um spezielle Stromangebote wie „Aquapower“. Der eigentliche Zweck war indessen nichts weiter als die Erzeugung heißer Luft, um den Namen E.ON zu popularisieren.

RWE wirbt in Deutschland auf englisch: „Imagine – RWE One Group. Multi Utilities“

Nur zwei Monate später folgte RWE mit einer ähnlichen Werbekampagne. Hier ging es nicht darum, eine neue Marke zu kreieren. Vielmehr sollten die drei Buchstaben RWE nach der nunmehr erfolgten Einverleibung von VEW als Dachmarke für Strom, Erdgas, Wasser, Entsorgung und ähnliche Dienstleistungen im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert werden. Diesem Zweck diente auch die Einführung eines einheitlichen Konzernlogos, das neben den Buchstaben RWE und dem Zusatz „One Group. Multi Utilities“ eine stilisierte Hand auf blauem Grund zeigte. Wie es in einer Pressemitteilung hieß, symbolisiere die Hand „in hohem Maße Menschlichkeit“ und versinnbildliche zugleich „das Multi Utility-Konzept mit dem Kundenangebot alles aus einer Hand“.

Zugleich wollte RWE demonstrieren, daß man dem neuen Konkurrenten E.ON auch auf dem Gebiet der Werbung das Wasser reichen konnte. Zum Auftakt war deshalb sogar geplant, vor der E.ON-Konzernzentrale in Düsseldorf ein 120 Quadratmeter großes Plakat mit der Aufschrift „Imagine - RWE One Group. Multi Utilities“ zu entrollen. Das Hotel, dessen Fassade für die Konfrontation ausersehen war, fühlte sich allerdings über den Sinn der Aktion getäuscht und untersagte das Spektakel.

Die RWE-Kampagne trug insofern skurrile Züge, als sie das Dachmarken-Konzept unter dem englischen Slogan „One Group - Multi Utilities“ dem deutschen Publikum zu vermitteln versuchte – gerade so, als ob das Kauderwelsch von Managern und Werbe-Fuzzis bereits Umgangssprache geworden wäre. Der englische Imperativ „Imagine!“ gehörte ebensowenig zum Sprachschatz des Normalverbrauchers. Dennoch sollte er zu Gedankenflügen veranlassen, was mit Energie alles möglich sei – zum Beispiel „Wasser zum Tanken, Trinken und Verbrennen“, wie eines

der Kampagnenmotive lautete. Für viel Geld hatten sich die Werbestrategen zudem die Rechte an dem Song „Imagine“ von John Lennon gesichert, mit dem RWE nun in Fernseh- und Radiospots warb.

Vermutlich ging es gar nicht um Verständlichkeit. Vielmehr wollte man gerade bei jenen, die das englische Imponiergefasel nicht oder falsch verstanden, den Eindruck von Modernität und Weltläufigkeit erwecken. Ob diese Botschaft so ankam, ist allerdings fraglich. In Wirklichkeit dürfte der RWE-Konzern lediglich signalisiert haben, daß er drauf und dran war, sich von seinen deutschen Wurzeln zu verabschieden..

Die neue Leitfigur des RWE-Konzerns entpuppt sich als Rauschgift-Konsument

Ein grandioser Reinfluss war die Verpflichtung von Christoph Daum als Symbolfigur und Motivations-Guru. Laut „Bild-Zeitung“ bekam der 46-jährige Fußballtrainer 10,2 Millionen Mark dafür, daß er sich dem Konzern über sechs Jahre lang bis zur Weltmeisterschaft 2006 zur Verfügung stellte. Eine seiner ersten Dienstleistungen bestand darin, daß er im Fußballstadion oder bei Fernsehinterviews in einem himmelblauen Anzug auftrat, um für die gleichfarbige RWE-Strommarke „Avanza“ Reklame zu machen.

Aber RWE hatte mit Daum mehr vor, als die kränkelnde hauseigene Strommarke zu fördern. Man wolle mit Daum „Werte transportieren, keine Produkte“, ließ sich der damalige RWE-Kommunikationschef Dieter Schweer vernehmen. Und tatsächlich versuchten Schweer und seine Werbehelfer, aus dem teuer eingekauften, vom geistigen Zuschnitt her aber eher zur „Bild-Zeitung“ passenden Werbeträger einen visionären Vordenker und eine Leitfigur des Konzerns zu machen. Man ließ Daum etwa über „Parallelen zwischen Fußball und Wirtschaft“ räsonieren, die Politik von Gerhard Schröder loben, die Widerstände gegen Genmanipulation verurteilen und in neoliberaler Manier über die „Deutschland AG“ herziehen.

In einer Sonderausgabe des RWE-Magazins „Agenda“, die dem Kult um den neuen Motivations-Guru gewidmet war, tonte der RWE-Vorstandsvorsitzende Dietmar Kuhn: „Unser Anspruch ist es, die Markt- und Meinungsführerschaft im Energiebereich auszubauen. RWE, die stärkste deutsche Energiemarke, hat sich deswegen mit Christoph Daum verbunden. Der künftige deutsche Bundestrainer und einer der innovativsten Fußball-Lehrer ist zu uns ins Team gekommen. Mit seiner



Der „große Sprung nach vorn“ mit dem Fußballtrainer Christoph Daum als Leitfigur endete für RWE mit einer äußerst schmerzhaften Bauchlandung.

Persönlichkeit vertritt er glaubwürdig die Identität unseres Unternehmens.“

Wer als RWE-Mitarbeiter etwas höhere Ansprüche als Kuhnt und sein Kommunikationschef hatte, mußte es als beleidigend empfinden, ein derartiges Leitbild vorgesetzt zu bekommen. Aber zum Glück war es

mit Daums Vorbildfunktion schnell vorbei. Es kam nämlich heraus, daß der neue Motivations-Guru seiner eigenen Motivation mit Kokain auf-half. Ein Haartest, dem sich Daum freiwillig unterzog, bestätigte die Vorwürfe. Der RWE-Konzern stoppte daraufhin die ganze Daum-Kam-pagne und schrieb sie als Totalschaden ab.

Die Karriere des RWE-Kommunikationschefs Schweer tat dies keinen Abbruch. Dank seines guten Drahts zu RWE-Chef Kuhnt, der ihn 1996 eingestellt hatte, schaffte er es am Ende sogar, wie ein Vorstandsmit-glied bezahlt zu werden. Kuhnts Nachfolger Roels fand dies dann aller-dings doch etwas übertrieben und feuerte den Hochbezahlten bei der ersten Gelegenheit.

E.ON startet dreistufige „On“-Kampagne...

Im Herbst 2002 unternahm E.ON erneut einen weiteren Reklamefeld-zug, um sich in den Köpfen der Bevölkerung als führende Energie-Mar-ke etablieren. Die Kampagne begann mit der Frage „Sind Sie on?“. In einer zweiten Phase wurden unbekannte, aber „interessante“ Menschen vorgestellt, „die im Alltag mit Energie Leistungen vollbracht haben oder vollbringen, die zielstrebig und entschlossen ihren Weg gehen“. Bei-spielsweise gehörte dazu ein ehemaliger Obdachloser, dem es gelungen war, wieder Anschluß an die Gesellschaft zu finden. Diese sogenannten Testimonials wurden unter dem Motto „ich bin on“ präsentiert. Erklär-tes Ziel war die Erzeugung einer positiven Grundstimmung bzw. einer „grundpositiven Welt“, wie man dem Werbe-Fachblatt „Horizont“ ent-nehmen konnte.

Der millionenteure Klamauk der „ich bin on“-Kampagne lockte erneut Trittbrettfahrer an. Bei der ersten E.ON-Kampagne hatte der „Media-Markt“, der seine eigenen Anzeigen ebenfalls rot zu unterlegen pflege, den hauseigenen Werbeslogan „ich bin doch nicht blöd!“ verändert in „Wer rote Anzeigen ohne geile Angebote schaltet, ist blöd“. Nun ließ die Stromvertriebsfirma Yello bundesweit Plakate kleben mit dem Spruch: „Andere sind on. Yello ist in.“

...und stoppt sie vorübergehend

Im Frühjahr 2003 sollte eine dritte Phase folgen, die den Direktbezug zum Unternehmen E.ON herstellte. Der neue E.ON-Vorstandsvorsitzende Wulf Bernotat stoppte die Kampagne aber, da sich inzwischen inner-wie außerhalb des Konzerns massiver Zweifel am Sinn solcher Werbe-

kampagnen und Kritik an der „Geldvernichtung“ regte. Erst im Oktober gab Bernotat wieder grünes Licht: Unter der Überschrift „Wir bei E.ON sind on“ präsentierten die Anzeigenmotive nun Mitarbeiter von in- und ausländischen Konzerngesellschaften, die das „breite Leistungsspektrum“ und „das nationale wie internationale Potential“ des Konzerns zum Ausdruck bringen sollten.

Vattenfall nimmt das Brandenburger Tor unter Vertrag

Die beiden kleineren Konzerne Vattenfall und EnBW hielten sich zunächst mit eigener Werbung zurück. Bei Vattenfall lag dies daran, daß der Kontakt zu Endkunden, soweit es ihn überhaupt gab, nicht unter der Marke Vattenfall lief, sondern unter den regionalen Vertriebsmarken Bewag, HEW und Wemag. Erst im Zuge der schrittweisen Liquidierung von Bewag und HEW entstand auch bei der Mutter Vattenfall das Bedürfnis nach direkter und möglichst positiver Wahrnehmung durch das breite Publikum. Im Herbst 2003 schloß der Konzern ein Abkommen mit dem Berliner Senat, das ihm auf fünf Jahre die Verwendung des symbolträchtigen Brandenburger Tors zu Werbezwecken sicherte. Zum Beispiel wurde es ihm erlaubt, sich auf Briefköpfen als „Partner des Brandenburger Tors“ bezeichnen und am Standort des Berliner Wahrzeichens zwei gläserne Tafeln und zwei Bodenplatten anzubringen, die auf den Sponsor verweisen. Als Gegenleistung übernahm Vattenfall die jährlichen Betriebskosten von rund 200 000 Euro, die durch die Beleuchtung des Tors und notwendige Sanierungsarbeiten wie das Entfernen von Graffiti entstehen.

EnBW „präsentiert“ das Wetter im Fernsehen

Bei der EnBW stand unmittelbar nach der Liberalisierung des Strommarkts die Produktwerbung für die Vertriebstochter „Yello“ im Vordergrund. Ein erster Schritt zur Sympathie-Werbung erfolgte 2002 mit der „Präsentation“ des Wetterberichts im Ersten Programm der ARD. Im selben Jahr verpflichtete sich die EnBW als offizieller Förderer der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Das Sport-Sponsoring wurde in den folgenden Jahren auf die Weitsprung-Olympiasiegerin Heike Drechsler sowie die beiden Fußball-Vereine KSC Karlsruhe und VfB Stuttgart ausgedehnt. Auch als Kultur-Mäzen betätigte sich das Unternehmen gelegentlich. Große Plakat- und Anzeigenkampagnen wie bei E.ON und RWE gab es aber lange Zeit nicht. Erst 2005 beauftragte auch die EnBW eine Werbeagentur, „das Markenleitbild und das Profil der EnBW als inno-

vatives, gesellschaftlich verantwortliches und seine Kunden verstehendes Unternehmen breit zu kommunizieren“, wobei über Baden-Württemberg hinaus in bundesweit erscheinenden Medien geworben werden sollte.

Die Branche wirbt um Verständnis für Preiserhöhungen

Angesichts des zunehmenden Unmuts wegen der steigenden Strom- und Gaspreise verstärkten die Energieversorger Ende 2005 ihre Öffentlichkeitsarbeit. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen verwies der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) und der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) auf ihre jeweiligen Internet-Angebote unter www.strom.de und www.erdgasfakten.de. Der VDEW hob besonders die staatliche Belastung der Strompreise sowie die Verteuerung von Kohle und Erdgas hervor. Der BGW argumentierte hauptsächlich damit, daß die Erdgaspreise für die deutschen Haushalte „im europäischen Mittelfeld“ lägen.

Im Vorgriff auf die geplante Fusion beider Verbände hieß es in einer gemeinsam geschalteten Anzeige: „Die deutschen Erdgas- und Stromversorger übernehmen Verantwortung: Wir treiben durch strukturelle Anpassungen in unserer Branche den Wettbewerb voran, erklären, wie sich die Energiepreise bilden, und sichern mit unseren Investitionen die Zukunft - auch unter schwierigen und sich schnell verändernden Rahmenbedingungen.“

Ende 2005 warben die Branchenverbände VDEW und BGW gemeinsam um Verständnis für steigende Energiepreise.



Unabhängig davon setzte der E.ON-Konzern, der vor allem als Gasversorger mit negativer Publizität kämpfte, seine aufwendige Image-Kampagne fort. In rot grundierten ganzseitigen Anzeigen hieß es beispielsweise: „Informationsfluß entsteht durch Austausch von Wissen. Das macht uns auf den Märkten in Europa und den USA so erfolgreich. Mit Leistung und Engagement tauschen unsere Mitarbeiter ihr Know-how ständig untereinander aus. Know-how, das letztlich Ihnen zugute kommt - in Form von erstklassigen Produkten und Dienstleistungen. Mehr über den größten privaten Strom- und Gasdienstleister unter www.eon.com.“

The advertisement features a red background with white text. At the top, it reads 'Strom könnte heute deutlich billiger sein als vor 8 Jahren.' Below this, two bar charts compare electricity prices. The first chart for 1998 shows '11 Euro pro Monat Staatsanteil' and '38 Euro pro Monat Stromversorger Anteil'. The second chart for 2006 shows '22 Euro pro Monat Staatsanteil' and '35 Euro pro Monat Stromversorger Anteil'. To the right of the charts, a paragraph explains that the state's share has increased while the provider's share has decreased, leading to lower overall costs for consumers. The E.ON logo and 'Neue Energie' tagline are at the bottom right.

Jahr	Stromversorger Anteil (Euro pro Monat)	Staatsanteil (Euro pro Monat)
1998	38	11
2006	35	22

Quelle: VDEW

Wenn man die Diskussion über Strompreise im Kopf hat, ist eines sehr erstaunlich: Obwohl der Stromversorger-Anteil ca. 3 Euro pro Monat weniger beträgt, zahlt ein Haushalt mit einem Verbrauch von 3.500 kWh heute ca. 7 Euro mehr im Monat als im Jahr der Liberalisierung 1998. Das hat einen Grund: Hatte der Staat seinen Anteil nicht erhöht, wäre Strom heute deutlich günstiger als vor acht Jahren. Machen Sie sich Ihr eigenes Bild unter www.eon.com

e-on
Neue Energie

E.ON-Anzeige aus dem Jahr 2006, die die Empörung der Stromverbraucher von den Stromkonzernen auf den Staat ablenken sollte.

RAG empfiehlt Steinkohle als krisensicheren Energieträger

Die hoch subventionierte und chronisch defizitäre Deutsche Steinkohle AG (DSK) startete im Oktober 2003 eine aufwendige Werbekampagne, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer weiteren Subventionierung dieses heimischen Energieträgers zu überzeugen. Eine Werbeagentur entwickelte dafür verschiedene Motive, die in Tageszeitungen und Publikumszeitschriften erschienen sowie in ausgewählten Großstädten als Großflächenplakate geklebt werden. Zum Beispiel diente als Symbol für die politische Instabilität in vielen Herkunftsländern der Importenergien ein Terroristen-Duo, daß gerade eine Panzerfaust abfeuert („Wird hier gerade über unsere Energieversorgung entschieden?“).

„Mit der Kampagne verdeutlichen wir, daß jeder Euro für den deutschen Steinkohlenbergbau eine nützliche Investition in die Zukunft ist und keine Opfergabe für eine sterbende Branche“, begründete der DSK-Vorstandsvorsitzende Bernd Tönjes die werblichen Aktivitäten des staatlichen Kostgängers. Die Erhaltung einer Restförderung von 16 Millionen Ton-

nen deutscher Steinkohle ab 2012 sei im Interesse der gesamten Bevölkerung.

Im Frühjahr 2004 ließ die RAG die aktuelle Koks-Verknappung in den laufenden Reklamefeldzug miteinfließen: Unter der Überschrift „Deutschland geht die Kohle aus“ textete sie in ganzseitigen Anzeigen: „Kokskohle und Koks sind weltweit knapp. Wer sich ausschließlich auf die globalen Rohstoffmärkte verläßt, ist verlassen. Die Preise explodieren: von 50 auf 500 Dollar für eine Tonne. Arbeitsplätze sind in Gefahr. Heute die Metallbranche und morgen unsere Stromversorgung? Jede zweite Kilowattstunde kommt heute aus deutschen Kohlekraftwerken. Und den Rohstoff Kohle für unseren Stromverbrauch haben wir in Deutschland noch für Jahrhunderte - und auch Kokskohle ist noch reichlich vorhanden.“

Ein paar Monate später fand die RAG im Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) einen Verbündeten. In ganzseitigen Anzeigen mit der Überschrift „Die globale Rohstoffkrise verheizt den Mittelstand“ warnten RAG und WSM nun vor der preistreibenden Wirkung des Kokskohle-Mangels auf die Stahlerzeugung, die zahlreiche mittelständische Unternehmen in den Ruin zu treiben drohe. Dadurch seien eine halbe Million Arbeitsplätze in über 4000 Unternehmen gefährdet.

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) reagierte auf die RAG-Kampagne im November 2004 mit einer eigenen Anzeigenkampagne zugunsten der Erneuerbaren Energien. Anlaß war ein gegen die Windenergie gerichtetes Anzeigenmotiv der RAG: Es zeigte Spielzeug-Windräder mit

Die staatlich subventionierte RAG verpulverte Millionen aus Steuergeldern, um für die weitere Verstromung deutscher Steinkohle zu werben.

Kampagne Deutsche Steinkohle Information



Die Zukunft ist schon lange unter uns:
www.deutsche-steinkohle.de

 Deutsche Steinkohle.
400 Jahre ab heute.

dem Text „Sie brauchen Zeit, um groß zu werden.“ Die dena konterte mit dem Bild eines Kohlekraftwerks und dem Text: „Sie brauchen Zeit, um sauber zu werden. Wir geben sie ihnen. Wir lassen die Zukunft nicht in Rauch aufgehen.“ Allerdings kam aus den Schornsteinen des abgebildeten Kraftwerks ersichtlich kein Rauch. Die dena-Texter hatten anscheinend die Dampfschwaden aus Kühltürmen für Rauch gehalten.

Rechnungshof rügt Verschwendung von Steuergeldern

Sowohl der hochsubventionierte RAG-Konzern als auch die im Oktober 2000 gegründete „Deutsche Energie-Agentur“ lebten letzten Endes von Steuergeldern. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, der als eifriger Parteigänger der Kohle galt und als zuständiger Ressortminister nichts gegen die RAG-Kampagne unternahm, war übrigens auch Vorsitzender des dena-Aufsichtsrats.

In einem Bericht an den Haushaltsausschuß des Bundestags beanstandete der Bundesrechnungshof sowohl die Anzeigenkampagne der RAG als auch die Haltung des Bundeswirtschaftsministers, der sie nicht stoppte und die Kosten von 8,8 Millionen Euro sogar bei der Festsetzung der staatlichen Steinkohlebeihilfen berücksichtigen wollte. Der Bundesrechnungshof stellte demgegenüber fest, daß die Anzeigenkampagne nicht durch den Zweck der staatlichen Zuwendungen gedeckt sei. Der Bund gewähre den Bergbauunternehmen Mittel für den Absatz deutscher Steinkohle zum Einsatz in Kraftwerken und zur Stahlerzeugung. Die Kampagne richte sich jedoch direkt an die Bürger, deren Verhalten auf den Absatz der nationalen Steinkohle keinen maßgeblichen Einfluss habe. Tatsächlich würden hier „Subventionen eingesetzt, um für weitere Subventionszahlungen zu werben“.

Die Kritik des Bundesrechnungshofs hatte indessen keine Folgen. Bundeswirtschaftsminister Clement (SPD) dachte nicht daran, der Zweckentfremdung von Steuergeldern zur propagandistischen Bearbeitung der Steuerzahler Einhalt zu gebieten. Im August 2006 schaltete die RAG sogar ganzseitige Anzeigen, in denen sie sich der Öffentlichkeit als neuer Hauptsponsor des börsennotierten Fußballunternehmens „Borussia Dortmund“ und Förderer der Bochumer „RuhrTriennale“ vorstellte.

Jedes Jahr gaben die Energiekonzerne so -zig Millionen Euro aus, um ihrem Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit aufzuhelfen. Bei denkenden Menschen dürften sie damit eher negative Reaktionen ausgelöst haben, denn es lag auf der Hand, daß hier Millionen Euro für gezielte

Desinformation verausgabt wurden, die letzten Endes in die Energiepreise eingingen oder aus dem Steuersäckel bezahlt wurden.

EnBW kauft Zettel eines Torhüters für eine Million Euro

Daß die Stromverbraucher doch nicht so dumm waren, wie manche Werbestrategen zu glauben schienen, bekam die Energie Baden-Württemberg (EnBW) zu spüren, als sie im Dezember 2006 bei der ZDF-Hilfsaktion „Ein Herz für Kinder“ einen mit Bleistift bekratzelten Zettel für eine Million Euro ersteigerte. Es handelte sich um den Spickzettel, den der Torwart der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Jens Lehmann, beim WM-Viertelfinale gegen Argentinien benutzt hatte, um sich über gegnerische Torschützen und deren Eigenheiten zu informieren. Die EnBW wollte das Papier mit pompöser Geste dem Haus der Geschichte in Bonn als Dauerleihgabe überlassen.

Als reale Gegenleistung erhielt die EnBW einen kostenlosen Auftritt in der Spenden-Gala des ZDF: Torhüter Lehmann überreichte das Stück Papier auf einem roten Samtkissen persönlich dem EnBW-Arbeitsdirektor Bernhard Beck und dem Vorstandsvorsitzenden Utz Claassen.

Vor allem im eigenen Versorgungsgebiet der EnBW zeigten die Stromverbraucher wenig Verständnis für diese Art von Wohltätigkeit und Fußball-Begeisterung. Stattdessen empörten sie sich, wie hier mit dem Geld umgegangen werde, das ihnen die EnBW durch überhöhte Strompreise abgeknöpft habe. „Und nun verhöhnt der bornierte und mediengeile Claassen die abgemolkenen Verbraucher, indem er gönnerhaft mit Millionen um sich wirft!“ hieß es beispielsweise in einer Leserzuschrift an die „Stuttgarter Nachrichten“.

Politiker gingen ebenfalls auf Distanz: „Ich glaube, dass die EnBW schon bessere Ausgaben getätigt hat“, ließ sich Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) vernehmen. Und der grüne Landtagsabgeordnete Franz Untersteller mokierte sich: „Die EnBW hat seit dem Jahr 2000 die Strompreise um 45 Prozent erhöht. Da versteht man auch, warum man plötzlich eine Million Euro übrig hat, um Spickzettel von Torhütern zu ersteigern.“

Gelder für wirklich nützliche Zwecke werden gestrichen

Die Kehrseite dieser scheinbaren Großzügigkeit war die Streichung von Geldern, die bisher für wirklich nützliche Zwecke ausgegeben wurden. Im selben Maße, in dem die Stromversorger nach der Liberalisierung des Strommarktes ihre Werbeausgaben erhöhten, strichen sie radikal al-

les zusammen, was keine kurzfristige Steigerung von Umsatz und Rendite versprach.

So gab es in Baden-Württemberg kein Elektromuseum mehr, seitdem die EnBW die Nachfolge des Badenwerks und der Neckarwerke Stuttgart angetreten hatte. Früher existierten gleich zwei solcher Museen, die speziell der Stromversorgung gewidmet waren: Das eine befand sich im Pumpspeicherkraftwerk Forbach im Schwarzwald, dem ersten Kraftwerk des früheren Badenwerks. Das andere unterhielt der Regionalversorger Neckarwerke in Esslingen. Beide Museen wurden von der EnBW endgültig geschlossen. In Hamburg liquidierte Vattenfall das traditionsreiche „electrum“ der ehemaligen Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW). Anstatt eine allgemeinbildende Einrichtung zu unterstützen, gab der Konzern das Geld nun als „Partner des Brandenburger Tors“ und für ähnlichen Klamauk aus. Daß es am Konzernsitz Berlin dennoch ein Museum gab, das die Entwicklung der hauptstädtischen Stromversorgung widerspiegelte, war nur der ehrenamtlichen Initiative von Pensionären der früheren Bewag/Ebag zu verdanken. Und auch Nürnberg besaß kein Elektromuseum mehr, seitdem die N-ERGIE das Erbe der ehemaligen Fränkischen Überlandwerk AG angetreten hatte.

Kein Interesse mehr an seriöser Branchen-Information

Schon unmittelbar nach der Liberalisierung des Strommarktes verfügten die Konzerne die Auflösung der „Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft“ (IZE), die für unternehmensübergreifende Öffentlichkeitsarbeit zuständig war. Die IZE schaltete nicht nur aufwendige Image-Anzeigen im Dienste der Branche, um die es nicht weiter schade gewesen wäre, sondern verbreitete mit der Zeitschrift „Stromthemen“ und der Reihe „Strombasiswissen“ auch solide Informationen, die in Fachkreisen geschätzt und von Lehrern sogar als Unterrichtsmaterial verwendet wurden. Das galt nun alles als überflüssig. Früher hatte die Branche auf ein gepflegtes, seriöses Erscheinungsbild geachtet, wozu auch der kultivierte Umgang zwischen Großen und Kleinen gehörte. Nun herrschte Wettbewerb, und wo dies tatsächlich nicht der Fall war, tat man wenigstens so. Damit verfielen die Sitten. Jeder der vier Konzerne verfügte sowieso über eigene Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit, von denen jede für sich mehr Personal hatte als die IZE mit ihren zwanzig Beschäftigten. Weshalb sollten sie noch Leistungen finanzieren, von denen doch hauptsächlich nur Stadtwerke und andere kleine Konkurrenten profitierten?